

Jerzy Maćków (Hrsg.)

unter Mitarbeit von Ingmar Bredies

NATIONALE DEMOKRATIE IN DER UKRAINE

AMZ

75

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Jerzy Maćków (Hrsg.)

unter Mitarbeit von Ingmar Bredies

NATIONALE DEMOKRATIE IN DER UKRAINE

Impressum

ISBN	978-3-88795-393-5
Herausgeber	Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Fotos	Jerzy Maćków
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 05 Einführung**
Jerzy Maćków
- 07 Die Ukraine: Nationsbildung und Demokratisierung ohne
bürgerliche Gesellschaft**
Jerzy Maćków
- 15 The Language Issue in the Ukrainian National-Democratic Discourse**
Volodymyr Kulyk
- 23 Die Grenzen von Demokratisierung und Europäisierung unter der
Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos (2005-2010)**
Ingmar Bredies
- 33 Liberal Nationalism in Ukraine: Problems and Prospects**
Mykola Riabchuk
- 43 Demokratie und Nation: Bleibt die Ukraine auf dem europäischen Weg?**
Gerhard Simon

EINFÜHRUNG

JERZY MAĆKÓW

Im kommenden Jahr findet in der Ukraine die Fußball-Europameisterschaft statt. Für die Westeuropäer wird sich damit die Chance bieten, mehr als gewöhnlich über ein ihnen weitgehend unbekanntes Land zu hören. Leider ist nicht damit zu rechnen, dass nach dem letzten Schiedsrichterpfiff im Kiewer Finale im Westen des Alten Kontinents das Interesse an den Entwicklungen der Ukraine fort dauern wird. Diese Skepsis gilt leider auch für Deutschland, das einzige westeuropäische Land, dessen moderne Geschichte manchmal mit der ukrainischen eng verbunden gewesen war. Sogar die „Orange Revolution“ im Jahre 2004 wurde hierzulande nur am Rande zur Kenntnis genommen, was die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zum Kommentar bewogen hatte, Deutschland hätte eine Revolution in Europa „verschlafen“.

Heute ist die Lage noch schwieriger. Die Hoffnungen auf eine schnelle Demokratisierung nach 2004 und auf eine Zuwendung der Ukraine zum Westen scheinen nun jeglichen Realitätssinn zu entbehren. Innenpolitisch entwickelt sich das Land in die nicht-demokratische Richtung und außenpolitisch bewegt es sich trotz aller Europa-Rhetorik auf Russland zu. Es kommt hinzu, dass die Völker der Europäischen Union „integrationsmüde“ sind, was ihre politischen Eliten dazu ermutigt, über den zwischen der Europäischen Union und Russland gelegenen wichtigen europäischen Akteur hinwegzusehen.

In dieser Situation haben die Hanns-Seidel-Stiftung und die Akademie für Politik und Zeitgeschehen mit ihrer Bereitschaft, dieses Heft zu publizieren, prinzipientreu und zukunftsweisend gehandelt. In Zeiten wie diesen sorgen sie dafür, dass die ukrainische Frage, die uns selbstverständlich als eine große Frage Europas auch in der Zukunft erhalten bleiben wird, nicht ganz in Vergessenheit gerät.

Die hier veröffentlichten Beiträge wurden von den Teilnehmern einer durch den DAAD finanzierten

Konferenz über die „Nationale Demokratie in der Ukraine“ verfasst, die im April des vorangegangenen Jahres an der Kiewer Drahomanow-Universität stattgefunden hatte. Die Autoren wurden gebeten, Aufsätze über die Voraussetzungen der ukrainischen Demokratisierung zu verfassen, wobei die verschiedenen Aspekte der nationalen Identität im Vordergrund stehen sollten.

Die Zusammenstellung der Beiträge folgt dem Prinzip „vom Allgemeinen zum Besonderen“. Das Heft beginnt mit einführenden Überlegungen zum Verhältnis von Zivilgesellschaft, Nation und Demokratie im Postkommunismus und der Ukraine, womit die Anlage dieser Publikation skizziert wird. In den folgenden drei Beiträgen wird schon konkret und empirisch fundiert auf die ukrainische Problematik eingegangen: auf das Ukrainische als Staatssprache, die Verschlingungen der „nationalen Geschichtspolitik“ und die nationalen Grundlagen der liberalen Demokratie. Der abschließende Aufsatz führt zum politischen System und zur politischen Entwicklung seit 2010, wobei auch hier die Fragen der Nation und Demokratie den Leitfaden bilden.

Der Herausgeber hat sich die Freiheit genommen, den Beiträgen eine Auswahl von eigenen Bildern hinzuzufügen, die zwar die im jeweiligen Artikel besprochenen Themen betreffen, doch in erster Linie die das gesamte Heft durchziehende Problematik der spezifisch ukrainischen „nationalen Demokratie“ illustrieren sollen. Die Unterschriften unter den Bildern stammen auch von ihm.

Der Herausgeber bedankt sich herzlich bei Frau Magdalena Solska für die Hilfe bei der Korrektur der englischsprachigen Texte.

|| **PROF. DR. JERZY MAĆKÓW**

Institut für Politikwissenschaft,
Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft
(Mittel- und Osteuropa), Universität Regensburg

DIE UKRAINE: NATIONSBILDUNG UND DEMOKRATISIERUNG OHNE BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT

JERZY MAĆKÓW || Nicht die bürgerliche Gesellschaft, sondern die nationale Identität stellt die Voraussetzung der Demokratisierung im Postkommunismus dar. Da diese Identität in der Ukraine gespalten ist und die Bildung der politischen ukrainischen Nation erst stattfindet, folgt der „seichten Demokratisierung“ und den europäischen Integrationswünschen der „orangen“ Periode (2005-2010) nun die prussische autoritäre Restauration unter dem Präsidenten Wiktor Janukowytsch.

IDEAL UND WIRKLICHKEIT IN DER SOZIALWISSENSCHAFT

Gesellschaftliche und politische Phänomene können auf idealistische oder realistische Art und Weise betrachtet werden, was am Beispiel der deutschen Universität verdeutlicht werden kann. Die Idealisten neigen dazu, diese ehrwürdige Institution gemäß ihren Idealvorstellungen als eine autonome zu betrachten, die – dank den staatlichen Zuschüssen von ökonomischen Zwängen befreit – sich den hehren Aufgaben der freien Forschung und Lehre widmet. So eine Institution produziere geradezu zwangsläufig von den Normen und Standards der Wissenschaft beseelte Mitarbeiter. Der universitäre Alltag, der diesen Vorstellungen bzw. Utopien manchmal widerspricht, wird von den Idealisten in etwa so gesehen wie der betrügerische Erwerb von akademischen Würden, nämlich als zu beklagende „dunkle Seiten“ bzw. gelegentliche Ausnahmeerscheinungen. Diese idealistische (manchmal sogar emphatische) Sichtweise, die nicht den untersuchten Gegenstand, sondern eine Vorstellung von ihm hinterfragt, wird am schlagkräftigsten ausgerechnet von denjenigen vertreten, die es hätten besser wissen müssen: von den Angehörigen der Universität.

Die Anhänger der realistischen (empirischen bzw. induktiven) Betrachtungsweise gehen dagegen von den an Universitäten beobachtbaren Erscheinungen und Tatsachen aus. Sie analysieren deshalb die Aktivitäten und Verhaltensweisen der Beschäftigten und Studierenden, die Entscheidungs- sowie Finanzierungsabläufe und die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Universitätsgemeinschaft.

Auf diesem Weg erkennen sie beispielsweise in der staatlichen Finanzierung auch (und manchmal vor allem) das Instrument der Politik, das dazu genutzt wird, dieser Institution wichtige Vorgaben, etwa bezüglich der Studentenzahl bzw. Auflösung jenes oder anderen fachspezifischen Instituts, zu machen. Sie übersehen zudem nicht den um sich greifenden Aktionismus vieler Wissenschaftler, die häufig gar nicht realisieren, dass ihr Handeln für die „scientific community“ irrelevant ist und primär der Selbstdarstellung dient. Auch der extreme Paternalismus der wissenschaftlichen Karrierewege entgeht ihrer Aufmerksamkeit nicht. Ein Analytiker, dessen Interesse mehr der Wirklichkeit und weniger dem Ideal gebührt, wird sich schließlich jenem Beziehungsgeflecht zuwenden, das bestimmten Gruppen der Universitätsangehörigen Privilegien sichert, die auf eine Befreiung vom Konkurrenzdruck hinauslaufen.

Selbstverständlich kann und wird jedes soziale Phänomen bzw. jede Institution auf eine der hier skizzierten Weisen analysiert. Der Kontrast beider Analysemuster spaltet die sozialwissenschaftliche Forschung.

EMPHATISCHES ODER REALISTISCHES KONZEPT DER ZIVILGESELLSCHAFT

Unter den Analytikern jenes komplexen sozialen Phänomens, das „Zivilgesellschaft“, „civil society“ oder „bürgerliche Gesellschaft“ genannt wird, kommen die Kritikfähigkeit und das Vermögen, Idealvorstellungen zumindest zu hinterfragen, zuweilen zu kurz. Die politikwissenschaftlichen Idealisten berufen sich für gewöhnlich auf Hegel, der bekannt-

lich die bürgerliche Gesellschaft als die Sphäre zwischen dem Privaten und dem Staat definierte. Obwohl sie sich selbst erstaunlicherweise nicht für die Anhänger der normativen Wissenschaft halten, unterstellen sie trotzdem den Aktivitäten des Bürgers doch ausschließlich gute Intentionen und positive Wirkung – den Dienst am Gemeinwohl, die Selbstaufgabe für die Anderen, den Interessenausgleich, die Unterstützung der demokratischen Werte wie politische Gleichheit und Partizipation usw. Dabei werden die im Westen vielfältigen und zahlreichen Verbände, Assoziationen und Vereinigungen als die wichtigsten Akteure der besagten Sphäre definiert.¹

Auch die Realisten, zu denen gleichwohl Adam Ferguson wie Ernest Gellner gerechnet werden müssen,² leugnen die spätestens seit von de Tocqueville analysierte schier unermessliche Verbändevielfalt im Westen nicht. Den Staat klammern sie aber aus der Zivilgesellschaft keineswegs aus. Zugleich konstruieren sie nicht bloß eine normativ-emphatische bzw. gar utopische Vorstellung von Status und Funktionsweise dieser Vielfalt, sondern suchen nach einem wissenschaftlichen Konzept, das die Realität dieser Gesellschaft zu erfassen und erklären imstande ist.

Sie weisen darauf hin, dass – erstens – den Bürgern oft durchaus eine moralische Ambivalenz eigen ist, die mit dem Glaubensverlust und dem vorherrschenden Skeptizismus irgendwie zusammenhängen mag: Die Bürger predigen öffentlich das Gemeinwohl, während sie für gewöhnlich äußerst eigennützig handeln. Unübersehbar für die Realisten ist zweitens der erstaunliche Reichtum (bzw. Wohlstand) der westlichen Zivilgesellschaft, der freilich ungleich verteilt ist, so dass die Bürger (von der nicht-bürgerlichen Unterschicht ganz zu schweigen) keineswegs gleich sind. Insofern ist die bürgerliche Gesellschaft, der von den Idealisten eine spezifische demokratische Affinität unterstellt wird, schlichtweg undemokratisch strukturiert. Drittens ist jener gesellschaftliche Bereich, in dem dieser Reichtum direkt erschaffen wird – die Wirtschaft – nicht nur vom Staat unabhängig, sondern er diktiert zuweilen dem (heute demokratischen) Staat die Bedingungen der Zusammenarbeit. In einem Punkt – viertens – stellen auch die Realisten ihre normativen Präferenzen zur Schau. Es ist ihnen sehr wichtig, dass der Einzelne (der Bürger) in der „civil society“ bei seiner Lebensgestaltung so frei ist, wie die Menschen es nie zuvor in der Geschichte gewesen waren.³ Eben aus diesem Grund betrachten die

Liberalen die bürgerliche Gesellschaft als ihre eigene und der Liberalismus wird von ihnen einhellig als die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft gesehen. Schließlich – fünftens – verschließt zumindest Gellner die Augen nicht einfach so vor der Tatsache, dass die Bürger der westlichen Gesellschaften mehrheitlich Nationalisten sind.⁴

ZIVILGESELLSCHAFT IM POSTKOMMUNISMUS?

Trotz der Ontologie und des Wissenschaftsverständnisses, die unterschiedlicher nicht sein könnten, sind paradoxerweise sowohl die emphatischen Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft als auch deren nüchterne Analytiker von ihrem Untersuchungsgegenstand sehr angetan. Diese Hochschätzung der bürgerlichen Gesellschaft birgt schon die Gefahr in sich, dass von ihr zu viel erwartet wird. Es ist wahrscheinlich diese Erwartungshaltung, die für die in der politologischen Transformationsforschung vorherrschende Annahme verantwortlich ist, das politische System der Demokratie könne ohne eine stark ausgeprägte Zivilgesellschaft nicht existieren.

Dabei spricht die historische Erfahrung mit der Demokratie im Westen nur scheinbar für diese Annahme. In Wirklichkeit funktionierte die westliche Demokratie – historisch betrachtet – im jeweils sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Umfeld und selten war es jene bürgerliche Gesellschaft, die auch heute diesen Namen verdient hätte. Aber auch wenn man von der westlichen Demokratie in ihren verschiedenen historischen Ausprägungen absieht, widerspricht die kurze Erfahrung der postkommunistischen Länder mit der Demokratie und der Zivilgesellschaft dieser Annahme. Denn die bürgerliche Gesellschaft ist dort bestenfalls als unterentwickelt zu bezeichnen. Zu diesem Schluss kommt man ungeachtet dessen, ob man vom emphatischen (idealistischen) oder realistischen Konzept ausgeht.⁵

Nach der „realistischen Definition“ Gellners, dessen in Deutschland immer wieder zitierte und offenbar dennoch kaum gelesene Buch⁶ das in den letzten Jahrzehnten wichtigste Werk über die „civil society“ darstellt, ist die Autonomie von Wirtschaft und Politik für die bürgerliche Gesellschaft geradezu konstitutiv.⁷ Die Verschränkung von Wirtschaft und Politik, die Überschneidung von wirtschaftlichen und politischen Interessen und die Schwierigkeit, beide Bereiche voneinander zu trennen, sind als Markenzeichen der postkommunistischen Gesellschaften auffällig.

Viel besser verhält es sich dagegen mit dem anderen von Gellner identifizierten Merkmal der bürger-

lichen Gesellschaft: Mit dem von ihm so genannten „double think“.⁸ Dieses Phänomen besteht darin, dass die Menschen (zumindest in der Öffentlichkeit) nicht das sagen, was sie denken, sondern das, wovon sie annehmen, dass es von ihnen erwartet wird. Diese „Doppelzüngigkeit“ ist in den posttotalitären Gesellschaften gewiss nicht weniger verbreitet als im Westen und das darf nicht verwundern. George Orwell hatte doch das – von Gellner aufgegriffene – „double think“ an den Gesellschaften des totalitären Kommunismus studiert und konzipiert. Auf diesem Feld brauchten also die Völker, die aus dem Kommunismus kommen, vom Westen keinen Unterricht im „Bürgerlichen“.

Schließlich geht es um die von Gellner so gelobte persönliche Freiheit: In Bezug auf die meisten posttotalitären Länder, darunter die Ukraine, kann die neue Freiheit nicht geleugnet werden, die sich nach dem Kommunismus dem Individuum eröffnete. Es ist aber zugleich unübersehbar, dass ihm wesentlich häufiger als im Westen materielle Möglichkeiten fehlen, die neuen Freiheitsräume auch zu nutzen. Wichtiger ist jedoch dieser Unterschied zur westlichen Zivilgesellschaft, der aus dem im Postkommunismus üblichen Missverständnis der Freiheit resultiert: Dass diese ohne Verantwortung zur Beliebigkeit verkommt und das Chaos heraufbeschwört, scheint selbst und gerade unter den postkommunistischen Eliten keine Binsenwahrheit zu sein.

Auch der Rückgriff auf die idealistischen Konzepte der „civil society“ widerlegt die Annahme, dass ohne Zivilgesellschaft keine Demokratie funktionieren kann. In ihren Analysen setzen die Idealisten de facto die Zivilgesellschaft den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gleich (gemäß der Hegelschen Tradition). Dabei wird oft zwischen den aktiven und passiven Assoziationen und Organisationen unterschieden, weil die Letztgenannten keine bürgerliche Gesellschaft, sondern bloß Potemkinsche Dörfer der Statistik darstellen. Auch finanzielle Abhängigkeit vom Staat bzw. Ausland wirkt sich auf die Autonomie der NGOs negativ aus. Beide Probleme – die nicht zufriedenstellende Aktivität und die finanzielle Abhängigkeit der Vereine – sind überall im Postkommunismus sehr gut bekannt und beeinträchtigen die „Echtheit“ der bürgerlichen Gesellschaft massiv. Wenn man sich folglich der Stärke und dem Umfeld der NGOs im Postkommunismus zuwendet, kommt man unweigerlich zum Schluss, dass diese weniger aktiv sind und in einem weitaus ungünstigeren Umfeld arbeiten als im Westen.⁹ Ein ähnlich großer Graben verläuft übrigens quer durch die

postkommunistischen Länder selbst – in Mittel- und Nordosteuropa sind die NGOs wesentlich stärker und aktiver als im geographischen Osteuropa – inbegriffen die Ukraine –,¹⁰ obgleich die offiziellen Statistiken diesen Umstand oft vertuschen.

Kurzum: Postkommunistische Demokratien gehen der Zivilgesellschaft voraus. Die „Zivilgesellschaften“ wiederum beeindrucken weder in qualitativer noch in der für die emphatischen Theoretiker der Zivilgesellschaft so wichtigen quantitativen Hinsicht.

NATIONALE DEMOKRATIEN IM POSTKOMMUNISMUS

Im postkommunistischen Mittel-, Südost- und Nordosteuropa sind Demokratien entstanden, die trotz allem diesen Namen auch verdienen. Spricht diese Tatsache vielleicht dafür, dass die posttotalitären Demokratien ein beinahe ausschließliches Produkt der Eliten darstellen? Reicht es vielleicht für den Demokratieaufbau aus, dass die Elite in der praktischen Politik demokratisch-konstitutionelle Spielregeln einhält und darüber hinaus die in der kommunistischen Ära noch staatlich erdrückte Gesellschaft in ihrer mühseligen Selbstorganisation nicht behindert? Die Antwort lautet „ja“, wenn gleich auf zwei Eigenarten dieser neuen Demokratien hingewiesen werden muss.

Zum Ersten handelt es sich um fragile, d. h. sehr schwach institutionalisierte Systeme. In der politikwissenschaftlichen Demokratieforschung ist oft von Konstitutionalismus und Wettbewerb als dem „prozeduralen Demokratieminimum“ die Rede.¹¹ Die Qualität der posttotalitären Demokratien lässt ausgerechnet hinsichtlich des gelebten Konstitutionalismus und des praktizierten politischen Wettbewerbs am meisten zu wünschen übrig. Deshalb erscheint ihre Zukunft ungewiss, weil keineswegs ausgeschlossen werden kann, dass der gesellschaftliche Wandel in der Zukunft bedeutende antidemokratische Akteure hervorbringen könnte. Zum anderen basieren diese dauerhaft fragilen Demokratien mehr auf dem Nationalismus und weniger auf der tatsächlichen Verinnerlichung der demokratischen Prozeduren durch Eliten und einer in der Gesellschaft ausgeprägten bürgerlichen Kultur („civic culture“). Sie können daher als „nationale Demokratien“ bezeichnet werden.

Auch der zweite Punkt bedarf einiger Erklärungen. In Anlehnung an die Nationen- und Nationalismus-Forschung wird hier der Nationalismus als eine Idee bzw. Bewegung definiert, die politische

Souveränität der ethnischen Gemeinschaften (Völker) postuliert.¹² Demgemäß sollen die Nationen von ihren eigenen Angehörigen und nicht von Fremden regiert werden. Der sowohl unter den Eliten als auch im Volk stark verbreitete Nationalismus kann einer pluralistischen politischen Gemeinschaft einen gewissen Zusammenhalt verleihen, aus dem heraus mit der Zeit ein mehr sublimiertes Verständnis für das Gemeinwohl gedeihen könnte.

Selbstverständlich bleiben die modernen Demokratien im heutigen Westen immer noch national, obwohl hier anders als im 19. Jahrhundert die Verbindung von Demokratie und Nationalismus kaum noch reflektiert wird, weil die liberal-konstitutionellen Grundlagen der Demokratie wichtiger erscheinen als der mittlerweile für selbstverständlich gehaltene nationale Zusammenhalt. Hätten die westlichen Völker jedoch – wie oft behauptet – tatsächlich den Nationalismus überwunden, würden sie ein anderes Verhältnis zur Europäischen Union haben, der sie bekanntlich dauerhaft unterstellen, sie sei „an allem schuld“. Sie hätten vielmehr die banale Wahrheit eingesehen, dass die Zeit längst reif für einen europäischen Staat ist, auf den beträchtliche Teile der nationalstaatlichen Souveränität – auf den Feldern der Sicherheits-, Außen- und Wirtschaftspolitik – übertragen werden müssten. Wenn die westlichen Nationen tatsächlich vom liberal-demokratischen Gedankengut beseelt wären, hätten sie zudem längst für eine Demokratisierung ihrer Union plädiert. Sie akzeptieren aber lieber den konstitutionellen Autoritarismus der EU,¹³ weil sie nach wie vor mehr am Nationalismus denn an der Demokratie hängen.

UKRAINE: NATIONSBILDUNG OHNE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT

Der Ukraine verlangen ausgerechnet die „liberalen Nationalisten“ aus dem Westen die „Überwindung des Nationalismus“ ab, und zwar ungeachtet dessen, dass dort die Nationsbildungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. Die Ukrainer befinden sich zwar auf dem gleichen Entwicklungspfad wie früher die westlichen Nationen, es wird jedoch noch lange dauern, bevor sie zu einer modernen liberalen Demokratie finden werden. Auf dem Weg dahin sind noch die benachbarten mitteleuropäischen Nationen einzuholen, die bereits in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts eher schlecht als recht um ihre nationalen Demokratien gerungen hatten.

Bereits damals hatte sich in der zwischen Polen und der Sowjetunion geteilten Ukraine der moderne ukrainische Nationalismus entwickelt.¹⁴ Dass das ukrainische Volk – wie die anderen Völker Mittel- und Osteuropas – heute gleichsam zum zweiten Mal in seiner modernen Geschichte in den gleichen Fluss steigen muss, geht letztlich auf den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg zurück. Es war darüber hinaus die bewusste Politik der deutschen Besatzer gewesen, die maßgeblich dazu beitrug, dass in den Kriegsjahren ausschließlich der exklusive, gegen die anderen Völker der Ukraine gerichtete, verbrecherische Nationalismus zum Hauptträger der ukrainischen Souveränitätsidee werden konnte.

Heute müssen die Ukrainer nicht nur das demokratische politische System aufbauen, sondern auch das Verständnis und das Gefühl für das nationale Gemeinwohl stärken. Es kommt erschwerend hinzu, dass die ukrainische Gesellschaft stark atomisiert, von Kraken der Wirtschaftsklans beherrscht und durch eine patrimoniale Untertanen-Kultur geprägt ist. Zudem zeigt sich die Klammer, die im Westen Demokratie und Zivilgesellschaft verbindet, nämlich der gelebte Konstitutionalismus, immer noch als extrem schwach.

Vor diesem Hintergrund muss der Demokratieaufbau als ein Generationenprozess gesehen werden, in dem der politische Wettbewerb – das im postsowjetischen Vergleich positiv hervorstechende Merkmal des ukrainischen politischen Systems schlechthin – die vielleicht wichtigste „Demokratisierungsressource“ darstellt. Aber auch das Nationalgefühl und der Nationalismus fungieren als wichtige Wegbereiter und Aufbauhelfer der Demokratie, selbst wenn sie regional sehr unterschiedlich ausgeprägt sind und nicht selten politische Traditionen des chauvinistischen Extremismus pflegen.

Der Nationalismus hilft dabei, in der Periode der „nationalen Demokratie“ politische Ziele zu formulieren sowie – soweit es unter den gegebenen Umständen möglich ist – zu implementieren. In dieser Zeit sollen innen- und außenpolitische Voraussetzungen für die ukrainische Nationsbildung, die bessere Funktionsweise des Verfassungs- und Rechtsstaates, die steigende Komplexität der bürgerlichen Gesellschaft sowie der Aufbau der liberal-nationalen Demokratie gesichert werden. Historisch gesehen: Der Sequenz der fragilen nationalen Demokratie könnte in Zukunft die Ära der modernen liberalen Demokratie folgen, die in einer entwickelten Zivilgesellschaft eingebettet ist.

DIE „ORANGE REVOLUTION“



„Frühstückszeit“ der auf der Hauptstraße von Kiew im Dezember 2004 campierenden Demonstranten. Auf dem gelben Zelt im Hintergrund steht die Losung „Ja! Juschtschenko“.

Wenn die in diesem Beitrag vorgestellte Interpretation des Verhältnisses von bürgerlicher Gesellschaft, Demokratie und Nationalismus richtig ist, dann kann eine Hypothese über den Charakter der „Orangen Revolution“ des Jahres 2004 gewagt werden, die zu Recht als das für die ukrainische Nationsbildung und Demokratisierung epochale Ereignis betrachtet wird.¹⁵ Die Ereignisse vom Herbst-Winter 2004 in Kiew und den anderen Städten der Ukraine, die zur Behebung des Wahlbetrugs durch die gerichtlich angeordnete Wiederholung der Präsidentschaftswahlen und dann zur Machtübernahme des prowestlichen „oranen Lagers“ geführt haben, waren zwar laut und spektakulär. Sie stellten jedoch keine politische Revolution dar, selbst wenn man diese als „friedlich“ ausgeben und so jenen Umwäl-

zungen gleichstellen wollte, die in den achtziger Jahren von Polen ausgehend den Zerfall des sowjetischen Imperiums eingeleitet hatten. Denn der Orangen Revolution folgte kein Systemwechsel. Die „seichte Demokratisierung“, die in der Freiheit des politischen Wettbewerbs bestand, wurde nicht um den konsequent praktizierten Konstitutionalismus ergänzt. Halbwegs konsequent waren lediglich die Zielsetzungen der „oranen“ Sprach- und Geschichtspolitik (Förderung der ukrainischen Staatssprache und des ukrainischen Geschichtsbewusstseins), über die in diesem Heft Ingmar Bredies, Wolodymyr Kulyk und Gerhard Simon schreiben. Darüber hinaus blieb im Jahre 2004 und danach ein weiterer wichtiger Indikator des wirklich revolutionären Wandels beinahe gänzlich aus: eine Elitenerneuerung.

Die vielversprechenden Wochen vor dem Jahresumbruch 2004-2005 stellten freilich den Höhepunkt des ansonsten ruhigen und wenig spektakulären „Revolutionsprozesses“ dar, der in der postkommunistischen Ukraine stattfindet. Es handelt sich um die beschleunigte Nationsbildung. Das ukrainische Volk hat sich den eigenen Staat zwar nicht erarbeitet, sondern es bekam ihn infolge des Zerfalls der Sowjetunion.¹⁶ Es ist dieser nach wie vor schwache und unübersehbar postsowjetische Staat, dessen bloße Existenz die ukrainische Nationsbildung massiv fördert.

Während sich die westukrainischen Intellektuellen heute noch über den „russischen Osten und Süden“ den Kopf zerschlagen, wurde der ukrainische Staat zu einem natürlichen politischen Bezugspunkt aller Bürger, und zwar unabhängig von ihren ethnischen Ursprüngen und „Beimischungen“. So entwickelte sich latent ein neues Zugehörigkeitsgefühl, das im Gegensatz zum nationalen westukrainischen Mainstream nicht ethnisch exklusiv, sondern für die ethnische Vielfalt des Staatsvolkes offen ist. Der Erhalt des ukrainischen Staates begünstigte also die spontane Herausbildung jener politischen Nation der Ukrainer, die Gerhard Simon zwar für nicht konsolidiert, aber keineswegs für gescheitert hält. Diese politische Nation trat bisher nur einmal, eben während der Orangen Revolution, für alle sichtbar in Erscheinung. Ohne sie wäre nämlich weder die beeindruckende friedliche Lösung des scharf polarisierenden Konfliktes des Jahres 2004 noch die darauf folgende „Halbdemokratisierung“ möglich gewesen.

GEFAHREN DES EXKLUSIVEN UND DES FEHLENDEN NATIONALISMUS

Die verständliche, tiefe Enttäuschung der Ukrainer über die von den Regierungen des „oranen Lagers“ verpassten Chancen ändert nichts daran, dass die ukrainische Nationsbildung fort dauert. Es darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass nicht jeder Nationalismus die Demokratie fördert, von der europäischen Integration ganz zu schweigen. Die Ukraine braucht zwar einen von allen politischen Kräften akzeptierten staatstragenden Nationalismus, damit das Gemeinwohl keine Worthülse mehr bleibt und das nationale Ziel der Westintegration überhaupt formuliert werden kann. Jener Nationalismus jedoch, der die ukrainische Nation nach ethnischen Kriterien spaltet, statt sie politisch zu einigen, schwächt den Staat, den die Ukrainer im Jahre 1991 von der Geschichte in den großukraini-

schen Grenzen, d. h. gleichsam mit dem Auftrag, ihn multiethnisch zu gestalten, erhalten haben. Speziell die ukrainischen Eliten sollten zur Vertiefung der Ost-West-Spaltung nicht beitragen.

Wie schwierig es ist, dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, zeigt nicht zuletzt das in der Ukraine sehr schwierige Problem der Staatssprache. Woldymyr Kulyk analysiert in seinem Beitrag, in dem er sich mit dem von den ukrainischen nationalen Demokraten geführten Diskurs über die Staatssprache beschäftigt, das komplexe Erbe, das die Ukrainische Republik auf diesem Feld angetreten hat. Das sowjetische Imperium hinterließ das Russische als die ehemals hegemoniale Sprache, mit der sich die meisten Ukrainer immer noch identifizieren. Da die Sprache als der Indikator der Kultur gesehen wird, kann durchaus von der Identifikation mit der russischen Kultur gesprochen werden.

Die Ukraine ist jedoch mit Russland nicht gleichzusetzen. Erstens ist im Westen des Landes das Ukrainische dominant. Zweitens sind sich viele russisch-sprachige Bürger ihrer ukrainischen – wengleich nicht der westukrainischen – Eigenart und Identität bewusst. Drittens sind die historischen Ursprünge und überhaupt die Geschichte der Großrussen (Rusländer) und der Kleineren (Ukrainer) unterschiedlich, was sowohl für das überwiegend russisch-sprachige als auch für das überwiegend ukrainisch-sprachige Ufer des Dnjepr gilt. Besonders aus der Perspektive der Bundesrepublik, die gut zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung keine innere Einheit des immerhin deutschsprachigen Landes zu bewerkstelligen vermochte, ist ersichtlich, dass es für das sprachliche, kulturelle und historische Gemisch der Großukraine kein schnell wirkendes politisches Patentrezept für eine innere Homogenität gibt. Auch Lettland und Estland, die mit einer zum Teil ähnlichen sprachlich-kulturellen Konstellation wie die Ukraine konfrontiert sind, zeigen nicht unbedingt, dass sie auf diesem Gebiet erfolgreicher als die Ukrainer sind.

Gibt es die Chance dafür, dass Ukrainisch zu der Sprache der politischen ukrainischen Nation wird? Dass man wiederum in der Ukraine nicht auf Russisch als die Staatssprache setzen kann, ist wohl nachvollziehbar. Wäre es vielleicht möglich, auf Dauer mit zwei Staatssprachen zu leben, obwohl das in der Praxis eine deutliche Benachteiligung des Ukrainischen bedeuten muss? Kulyk gibt auf diese Fragen keine endgültigen Antworten, aber er zeichnet präzise zahlreiche Aspekte dieses gordischen Sprachknotens, den zu zerschneiden, die

Grundlagen der Nationsbildung und Demokratisierung mit zerstört hätte.

Jedes Volk hat neben der eigenen Kultur auch die eigene Geschichte, d. h. – eine schlichte und selbstgefällige Vorstellung von ihr. Auch diesbezüglich ist die Ukraine gespalten, was Ingmar Bredies am Beispiel der „westukrainischen Geschichtspolitik“ unter dem Präsidenten Wiktor Juschtschenko zeigt. Die Stilisierung der den totalitären Ideologien anhängenden Führer und terroristischen Gestalten des exklusiven Nationalismus als ukrainische Patrioten¹⁷ hat zu neuerlichen Spaltungen beigetragen. Die Lektüre des Artikels von Bredies macht darüber hinaus die entscheidende Bedeutung des demokratischen Systems, das über freie Medien und freie Wissenschaft verfügt, für die politische Entschärfung der Schwierigkeiten mit dem gespaltenen Geschichtsverständnis bewusst. Das zentrale Problem besteht in diesem Zusammenhang darin, dass die Ukraine nach der Machtübernahme durch das „blaue Lager“ des Präsidenten Wiktor Janukowytsch im Jahre 2010 ohne jeden Zweifel kein demokratisches Land ist.

Unter diesen Bedingungen mutet besonders die Lage der liberalen Demokraten, die sich der Bedeutung der nationalen Frage für die demokratische und europäische Entwicklung bewusst sind, beinahe aussichtslos an. Mykola Rjabtschuk zeigt diese schwache und als „zufälliges Nebenprodukt“ des Kommunismus entstandene politische Strömung

zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben: von den russischen Neoimperialisten im Osten und den ukrainischen Chauvinisten im Westen. Gerhard Simon verdeutlicht wiederum, dass die „Partei der Regionen“ des Staatspräsidenten Janukowytsch mit dem russischen Neoimperialismus die wenigsten Probleme hat. Simon macht wieder auf die Verbindung von Nation und Demokratie aufmerksam, indem er überzeugend darlegt, dass die autoritäre Restauration unter Janukowytsch – neben der Unterwanderung der Verfassungsinstitutionen und Korrumpierung der politischen Klasse – zusätzlich noch einer Abkehr der Politik bedarf, die gezielt die Nationsbildung fördert.

Aber nicht nur Janukowytsch, sondern auch der Kreml wünscht sich die nationale Demokratie in der Ukraine nicht. Auf diese Problematik geht indirekt Rjabtschuk ein, wenn er erklärt, dass für die russische nationale Identität die bloße Existenz der Ukraine die existenzielle Herausforderung darstellt. Aus der russisch-imperialen Perspektive kann vielleicht noch dem ehemaligen Galizien gnädig das Recht auf die politische Souveränität zugesprochen werden. Der „russische“ Rest des Landes müsste aber auf jene oder andere Art und Weise unter die politische Führung Russlands kommen. Solange Russland seine Identität imperial definiert, so lange kann der Kreml von der Ukraine nicht lassen und er schürt die Dauerspannung innerhalb der Grenzen seines südwestlichen Nachbarstaates.

EUROPÄISCHE ZUKUNFT DER UKRAINE?



Während der Orangen Revolution – hier ein Bild von einer Nacht in Kiew im Dezember 2004 – solidarisierten sich nach Kiew gekommene Ausländer mit der ukrainischen Demokratiebewegung. So ist die Verbindung von Nation und Demokratie manifest geworden. Wie selbstverständlich wurde dabei zugleich für die EU-Integration der Ukraine demonstriert.

Die Ukraine hat mit seinem weiterhin schwachen Staat keine Chancen, der Europäischen Union beizutreten, wo mittlerweile erkannt worden ist, dass im Zuge der Osterweiterung bereits schwache Staaten aufgenommen worden sind – mit noch unabsehbaren Konsequenzen für die Union. Der ethnisch exklusive Nationalismus in der Westukraine zeigt sich übrigens hinsichtlich der europäischen Integration zu kaum etwas mehr als zur Behauptung imstande, das Land gehöre historisch und kulturell zu Europa. Selbst wenn diese Behauptung überall in der Ukraine akzeptiert und gleich verstanden werden würde, wäre sie allein dennoch kein ernstzunehmendes Argument für einen EU-Beitritt. Immerhin sind einige wesentlich kleinere (weniger kostspielige), in vielerlei Hinsicht besser entwickelte europäische Staaten wie Kroatien, Mazedonien und Serbien immer noch keine EU-Mitglieder. Dem ist auch deshalb so, weil es unklar ist, ob sie in ihrer gegenwärtigen Verfassung der EU mehr Last oder Nutzen bringen würden.

So kann auch die Ukraine nur dann ein EU-Mitglied werden, wenn die Union von ihrem Beitritt einen wahrlich europäischen Nutzen erwarten könnte. Dafür müsste das Land nicht zuletzt für Russland ein attraktives Modell werden, was freilich ohne die Ostukraine nicht zu erreichen ist. Zweifellos muss die Ukraine zur nationalen Demokratie zurückkehren. Die autoritäre Reaktion Janukowytšs soll jedoch nicht bloß als verlorene Zeit gedeutet werden. Die ukrainische Entwicklung ähnelt einem Pendel, das mal in westliche und mal in östliche Richtung ausschlägt und sich mal im Kreise dreht. Schon dieser Umstand schützt vor dem Abdriften in die Alternativlosigkeit einer politischen Richtung, die dem ganzen Land nicht angemessen sein kann. Mit dieser manchmal chaotischen Pendelbewegung wird nicht zuletzt Zeit gewonnen – für die spontane Bildung einer politischen Nation, deren Eliten in einem langen Lernprozess hoffentlich das Gemeinwohl entdecken werden.

|| PROF. DR. JERZY MAĆKÓW

Institut für Politikwissenschaft,
Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft
(Mittel- und Osteuropa), Universität Regensburg

ANMERKUNGEN

- ¹ So etwa Diamond, Larry und der ihm folgende Merkel, Wolfgang. Siehe dazu Maćków, Jerzy: *Am Rande Europas? Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Russland und der Ukraine*, Freiburg u. a. 2004, S. 29, S. 34 ff.
- ² Ebd., S. 28, 30 ff.
- ³ Siehe Gellner, Ernest: *Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen*, Stuttgart 1995.
- ⁴ Ebd., S. 113-128.
- ⁵ Etwa Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen 2000.
- ⁶ Gellner: *Bedingungen der Freiheit*.
- ⁷ Ebd., etwa S. 203 ff.
- ⁸ Ebd., S. 102 ff.
- ⁹ Zwar ist es nicht einfach, vergleichbare Daten dazu zu finden, doch verschiedene Analysen legen diesen Schluss nahe. Vgl. z. B. „Directory of Development Organization (2010)“, <http://www.devdir.org>; „World Association of Non-governmental organizations (2011)“, <http://www.wango.org>, Stand: 26.5.2011.
- ¹⁰ Siehe etwa „2009 NGO Sustainability Index for Central and Eastern Europe and Eurasia 13th Edition – June 2010“, www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/dem_gov/ngoindex, Stand: 25.5.2011.
- ¹¹ Vgl. Maćków, Jerzy: *Autoritarismus. Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus*, in: *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*, hrsg. von Dems., S. 17-43, S. 30.
- ¹² Vgl. Kohn, Hans: *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution*, Heidelberg 1950, S. 39 f.
- ¹³ Dazu Maćków, Jerzy: *Europäismus. Warum die Europäische Union demokratisiert werden muss und eine gemeinschaftliche Außenpolitik braucht*, in: *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts*, hrsg. von Frank Decker und Marcus Höreth, S. 295-318, Wiesbaden 2009. Sogar Politikwissenschaftler verharmlosen diesen Autoritarismus bloß als „Demokratiedefizite“.
- ¹⁴ In der Sowjetunion wurde dieser Prozess bereits mit dem Terror der dreißiger Jahre abgebrochen und rückgängig gemacht.
- ¹⁵ Siehe etwa Wilson, Andrew: *Ukraine's Orange Revolution*, New Haven/ London 2005, S. 198-205.
- ¹⁶ Diese Feststellung soll nicht dahingehend missverstanden werden, als hätte das ukrainische Volk den eigenen Staat nicht verdient. Ganz im Gegenteil: Wenn die europäischen Großmächte im Ersten Weltkrieg das Recht der Ukrainer auf Selbstbestimmung respektiert hätten, wären die Chancen größer gewesen, den späteren Tragödien der in der Ukraine lebenden Völker vorzubeugen.
- ¹⁷ Als Beispiel dazu siehe das russisch-sprachige Buch (k. A. über den Autor), das sich an die Bevölkerung der Ostukraine richtet, die für Stepan Bandera „gewonnen“ werden sollte – Stepan Bandera. *Mify. Legendy. Dejstvitel'nost'*, Char'kov 2007.

THE LANGUAGE ISSUE IN THE UKRAINIAN NATIONAL-DEMOCRATIC DISCOURSE

VOLODYMYR KULYK || Since the language issue occupies a central place in the national-democratic discourse, the discursive handling of this issue vividly illustrates an inherent contradiction between the national and the democratic. This discourse views the eponymous language as a key characteristic and a factor of the existence of the Ukrainian nation and, therefore, attaches great importance to the current situation of the language and ways of improving it. Their democratic orientation limits the range of acceptable ways for the national democrats to those ensuring equal rights for all Ukrainian citizens and the rights of the speakers of languages other than Ukrainian to use their mother tongues in certain domains. But this ensuring is of a much lower priority for the national democrats than providing Ukrainians with rights to use Ukrainian and guaranteeing its function as a dominant language in both public and private communication. Such a stance clearly demonstrates the priority of nationalism over democracy in this discourse and thus raises the question whether the definition "national-democratic" remains adequate.

LANGUAGE IDEOLOGIES AND SOVIET LEGACIES

It is appropriate to analyze discourses on language matters in terms of their underlying beliefs regarding language and language use which many scholars call language ideologies. The use of this term is intended to stress a relation of language beliefs to political ones and their rootedness in social interests.¹ Widespread language ideologies support social institutions which, in turn, naturalize them, that is, make them appear as natural and commonsensical. Accordingly, the elites responsible for the function of these institutions are particularly interested in the reproduction of those ideologies which legitimize the institutions and the dominant position of the elites.

The nation state – an institutional complex embodying the perception of the state as that of a particular nation – plays a special role in the maintenance of dominant beliefs regarding languages and their relation to the eponymous nations. I call this complex of beliefs the ideology of identification, thereby emphasizing its primary concern with a certain function of language, namely the promotion of identification of the speakers with a particular collectivity, most frequently a nation. Another important complex of beliefs prioritizes the communicative function of language, that is, its role as a

conduit through which one person conveys his / her thoughts to another. In this perspective, language is a form rather than substance, and different languages are just different forms of conveying the same substance rather than the reflections of unique experience and its respective view of the world. For this ideology of understanding, the most appropriate manner of communicative behaviour is the use of those linguistic means which all participants have in common. Although in many discourses these two ideologies are combined, their analytical separation makes it possible to notice that particular discursive structures assume the priority of certain functions of language and their respective values.²

Language ideologies can pertain to different facets of language in general and certain language varieties in particular, primarily those varieties recognized as languages rather than dialects, slangs or mixtures. As Woolard and Schieffelin posit in their influential survey of literature on the topic, language ideologies are "cultural conceptions of language – its nature, structure, and use",³ even if most scholars did not analytically separate beliefs dealing with different facets. In Ukraine, the biggest and most articulated differences among language beliefs pertain to the use of different languages,

first and foremost Ukrainian and Russian, although many people also have divergent ideas concerning certain structural elements of these or other languages.⁴ Most participants in language-related discussions argue, on the one hand, that they recognize the right of all citizens to speak their respective native / accustomed languages and, on the other hand, that they support the status of Ukrainian as an official (state) language and the need to create favourable conditions for its use and development. This combination is rather ambivalent since many people are ready to support the implementation of each stance to the extent which prevents the implementation of the other, although they are hardly aware of this incompatibility.⁵

The ambivalence of post-Soviet beliefs is a result of the ambivalence of the Soviet ideology and practice as well as of its continuation in independent Ukraine. On the one hand, the Soviet regime used the Ukrainian language in a number of public practices and discursively represented it as a symbolic value and a natural medium of communication for the eponymous nation. On the other hand, Russian appeared in discourse as the only possible means of interethnic communication and a common cultural asset of the Soviet people and, more importantly, it was a precondition for the vertical mobility in social practice. Therefore, Russian became the main language of everyday use for millions of Ukrainians most of whom, however, retained an attachment to Ukrainian which they continued to consider their native language.⁶ It should be stressed that Ukrainians did not only use Russian in view of their expectation that their communicative partners would understand it but also they more or less identified with it, alongside Ukrainian, as a language of their country and supranational entity. At the same time, Russians living in Ukraine also developed identification with Ukrainian as part of their linguistic environment and a cultural feature and / or political attribute of "their" republic. But on the whole this latter identification was weaker than that of Ukrainians with the Russian language as demonstrated, in particular, by the reluctance of many Russians to learn the communication- and career-wise "redundant" Ukrainian.

It is the alignment of identifications with these two languages that shows both the ambivalence of language beliefs of post-Soviet Ukrainians and attempts to overcome it by choosing one of the conflicting priorities. At the level of public discourse, the main differences pertain to Russian: Is

it for Ukraine its "own" language, alongside Ukrainian, or a foreign one? Should it have a status as an official or a minority language? Should it be used in the same scope as Ukrainian or as the languages of other minorities? But then the beliefs regarding Russian are related to those regarding Ukrainian: Should it be the only language of the state and country or one of the two? Should its use be mandatory and if so, in which domains? Is it appropriate to support this language more than the others? The answers to these questions I will use as a basis for classification and analysis of language ideologies in contemporary Ukraine.

UKRAINOPHONE IDEOLOGY OF THE NATIONAL-DEMOCRATS

During the two decades of Ukraine's independence (as well as, actually, during the last Soviet decades when many of its key texts and arguments came about), the national-democratic discourse embodied one of the two influential ideologies of language use which present language processes in Ukraine as interaction / struggle between the two main languages and ethnolinguistic groups. According to the language which they overtly or covertly defend, I call these ideologies Ukrainophone and Russophone. As defenders of the Ukrainian language, the national democrats were proponents of the Ukrainophone ideology (and the eponymous discourse which I define by its embodiment of this ideology), in other words, Ukrainophones. It should be emphasized that I do not mean to imply an automatic correspondence between the ethnolinguistic identity of ideologues and the group they seek to represent; hence, the former will be called Ukrainophones and the latter Ukrainian-speakers.

I consider a characteristic feature of the Ukrainophone and Russophone discourses to be their preoccupation with the defence of one group's interests at the cost of those of the other. Although their authors did not always explicitly associate themselves with a certain group, an emphasis on its rights and problems combined with ignoring or denying those of the other group⁷ clearly identified "us" and "them". This division was facilitated by many authors' (more or less conscious) perception of the language situation in Ukraine as a zero-sum game where one groups' gain inevitably means the other's loss. This perception was especially widespread among the Ukrainophones who considered the evolution of the language situation in post-Soviet Ukraine (particularly under the presidency



There are irreconcilable supporters of a "Russian Ukraine" and of a "national Ukraine" on both sides of the Ukrainian cultural conflict. This illustration from an exhibition in the centre of Lviv (2004) depicts insurmountable differences between "us" (left) and "them" (right).

of Leonid Kuchma) as a gain for the Russian language which they viewed not (so much) as the language of a group of Ukraine's citizens but rather as the language of a foreign power and the language of an empire which had not so far become a thing of the past.

This view of the actual situation stemmed from their perception of the desirable norm which envisaged the dominance of the titular language in all public practices, except for the compact settlements of minority members and minority cultural activities elsewhere.⁸ The rights and needs of members of each ethnic group are related in this discourse, in accordance with the ideology of identification, only to the eponymous language and culture. The implementation of this nation-state norm (or rather the return thereto, since it had supposedly been effective in Ukraine before a deviation caused by the russification) meant for the Ukrainophones not only the protection of ethnic Ukrainians' rights and not only the self-determination of the Ukrainian

nation but the nation's very survival. Therefore, as the greatest threat they viewed the preservation or even expansion of the use of the Russian language beyond its minority status, which they called russification in order to emphasize the absurdity and criminal nature of its continuation in independent Ukraine. In the words of literary scholar Ivan Dzyuba, the author of the 1960s famous samizdat treatise *Internationalism or Russification?* and one of the most authoritative (even for the authorities) defenders of the Ukrainian language in post-Soviet decades:

"We should at last realize that the russification of Ukraine – notwithstanding all our hymns and rituals to Ukraine and the Ukrainian language – not only continues but also has reached such a depth that it threatens the very existence of the Ukrainian nation as an equally valued nation among the world's nations. Of course, some state bearing the name of Ukraine will exist. But it will not be a state of the Ukrainian people."⁹

Accordingly, not only radically nationalist but also rather liberal intellectuals and politicians viewed language politics not in terms of individual rights but of mutually incompatible group interests and ideological orientations. Such understanding was articulated most fully and provocatively by writer Yuriy Andrukhovych who called for presenting the matter "clearly and frankly": "Not both the Ukrainian and Russian languages in Ukraine" but "either Ukrainian or Russian". In other words:

"... the matter is the confrontation or, to put it more mildly, competition of the two languages in Ukraine. In such a situation, 'the expansion of the scope of use' of one of them means, in effect, 'the contraction of the scope of use' of the other. Accordingly, any governmental decision on 'further development of Ukrainian as the state language' will 'infringe on the rights' of the Russian-speaking population. And vice versa, any governmental decision on 'the protection of the Russian language' or 'granting Russian the status as an official language' will 'infringe on the rights' of the Ukrainian-speakers".¹⁰

The rights are mentioned in this text in quotation marks, that is, as a construct from other discourses. For Andrukhovych, the language problem is not a legal or cultural one but "geopolitical, even geostrategic". In his view, "the confrontation of the two languages in Ukraine is in fact one of manifestations of a somewhat deeper confrontation: between the new opportunities of Ukraine as a new state formation and the imperial inertia". Therefore, the expansion of the use of the Ukrainian language is a means of "strengthening Ukraine's independence" and the preservation of the position of Russian a means of "the real preservation and further function of the empire".¹¹

Most other Ukrainophone authors did not articulate their confrontational understanding of the interaction of the two languages in Ukraine as clearly as Andrukhovych did but they shared his preference for the primary support and protection of Ukrainian and the limitation of the influence of Russian. Even if they did not consider it necessary to sacrifice the rights to geopolitical projects, they just saw no threats to the Russian language and thus concluded that there were no violations of its speakers' rights.¹² This is why those authors resolutely opposed the elevation of the status of the Russian language as well as any other supportive measures. At the same time, they viewed the critical response of Russophone organisations to the

Ukrainianization moves of the authorities as reflecting their reluctance to accept the loss of (some) privileges of their group.¹³

As for the situation of the Ukrainian language, the Ukrainophones considered it really precarious, although they differed in their views on how to change it. Those with clear ethnonationalist attitudes simply suggested that the Ukrainians take care of themselves. Ivan Drach, a poet, public figure and, for some time, a government official presented this as an alternative to protecting languages and cultures of all ethnic groups, which had originally been emphasized by Rukh, the Ukrainian national-democratic movement of the late 1980s with him as a chair. Later, Drach told, "we began to understand that we had to protect our language, protect [our] culture because nobody would help us in this matter".¹⁴ What he called for, however, was not the protection of the Ukrainian language by its speakers' own effort but rather the protection by the state which thus appeared to be a property only of the Ukrainians or Ukrainian-speakers. In contrast, the adherents of liberal nationalism did not equate the state with the titular group and, therefore, justified the priority of supporting the language and culture of this group by their worse situation (that is, by the less adequate implementation of the speakers' rights), compared to the Russians / Russian-speakers. For example, political technologist Oleh Medvedev demanded that the Ukrainian-speaking half of Ukraine's citizens be given the same opportunities as the Russian-speaking one, that is, a half of "television, radio, newspapers, cinemas, popular music, etc. " However, he also warned against the translation of the legal equality of the two halves into equal statuses of their respective languages, as the Russophones demanded. For, given the inequality of the starting positions, "the legally equal status now rather than later, after a necessary rehabilitation period will mean not the 'harmonious function' [of the two languages] but the perpetuation of the dominant position of Russian".¹⁵

More often, however, Ukrainophone authors demanded state support for Ukrainian not in order to ensure the rights of one group of the population but to strengthen the position of the state language, the expansion of its use, which they viewed as a factor contributing to the consolidation of society and even to the protection of state security.¹⁶ In effect, they called for the state to behave as a nation-state, despite the incongruity of demographic and identification parameters of its popula-



The Ukrainian language is used by a minority of Ukraine's population which considers itself the titular nation. Therefore, in "ethnic-national" Western regions there is a strong demand for the use of the Ukrainian language. This is another illustration from the same exhibition in Lviv which displays the famous Ukrainian poet Taras Shevchenko asking "Do your children speak Ukrainian?"

tion with this desirable norm. The Ukrainophone discourse treated this incongruity (consisting first and foremost in a huge group of ethnic Russians and an even larger group of Ukrainians whose ethnic and linguistic identities are at odds with each other) only as a result of the imperial policies of russification which should be remedied as soon as possible. Therefore, the reference to the status of Ukrainian as the state language became the most frequent argument of the supporters of its wider use. Moreover, they wanted to imbue this status with the meaning not just of the (only) language of the state but also of the (only legitimate) language of the nation / country, with the intention to use the former in order to achieve the latter. As literary scholar Mykola Zhulynskyi (who was for some time vice prime minister responsible for language matters, among others) put it, the state should ensure "the creation of extra-linguistic conditions for the function of Ukrainian as the only language of Ukrainian society".¹⁷

Except for references to relevant foreign experience, this discourse did not explain why Ukrainian should be the only official and, therefore, public language in the country. By mixing the ethnocultural and territorial meanings of the word "Ukrainian", it implicitly reduced society to the titular group and, therefore, presented the nation-state practice – the exclusive official status of the titular language and the primary support of the culture based on this language – as the only conceivable option, mere common sense. In this perspective, the elevation of the status of Russian became not only absurd but also unfair since the languages of all minorities must have equal rights.¹⁸ But the main danger consisted in the assumed fact that, as Zhulynskyi put it, such an elevation would "weaken the national-representative function of the Ukrainian language", would not let it become "the state means of communication and information provision of all Ukrainian citizens".¹⁹ And this frightened most Ukrainophones much more than the continued lawless regulation of the language domain which violated the rights of speakers of all languages. It is thus not surprising that, given a lack of parliamentary votes to adopt an unambiguously pro-Ukrainianization language law, the national-democratic politicians preferred in the meantime to live with the ambiguous law of the Soviet time rather than risking that their opponents would pass a bill elevating the status of Russian. This was demonstrated, in particular, by their

speeches in the parliamentary debate on the new language law on 30 November 2001 when not only did the national democrats flatly reject all the bills proposing an official status of Russian but they also questioned the relevance of dealing with this very issue.²⁰ They retained this preference even after the Orange Revolution changed for some time the balance of powers in favour of the supporters of Ukrainianization: most national-democratic parliamentarians were still in no hurry to try to adopt a new language law, which exacerbated the lack of interest on the part of then president Viktor Yushchenko and key officials in the consecutive governments during his tenure.²¹

CONCLUSION

As the above analysis has demonstrated, those politicians and intellectuals who are traditionally called national-democratic, manifest what should be more appropriately classified as a nationalist-statist approach to the language issue. The limited use of the Ukrainian language worries them because of its ramifications for the national consolidation and state-building rather than its impact on the implementation of citizens' rights. Therefore, they are ready to recognize the rights of the speakers of other languages only to the extent that it does not hinder the state- and nation-building, that is, within the compact settlements of minorities and their cultural activities there and beyond. This approach is particularly problematic with regard to Russian speakers, who (if defined by the language of everyday use) constitute not less than half of Ukrainian citizens and the large majority of the population of the eastern and southern regions. In accordance with their treatment of Russian as a national minority language, the national-democrats recognize the guaranteed right to use it only for ethnic Russians. This approach was amply demonstrated by the distribution of schools and kindergartens with various languages of instruction in each region based on the ethnic (rather than linguistic) composition of its population, which was introduced in the early 1990s by then national-democratic top officials of the Ministry of Education.²² Accordingly, the national democrats oppose the introduction of an official status of Russian even in those regions or localities where it is the language of the predominant majority.

Not only does this stance set most Russian-speaking citizens against the national-democratic parties but it also, paradoxically, harms the imple-

mentation of the rights of Ukrainian-speakers. Since the promotion of Ukrainian is usually justified in public discourse by reference to the state building rather than citizens' rights, this language is primarily viewed in society as the language of the state, applicable in the work of the authorities and in symbolic practices of state representation. While they reluctantly fill out various forms in Ukrainian as required by the state, most service providers and even many state officials do not wish to use this language in their communication with the customers or visitors, thereby contributing to the dominant position of Russian in many social domains and to the Ukrainian-speakers' complaints about the limited use of Ukrainian. Thus a vicious circle of neglecting the rights of the speakers of both widespread languages is reproduced. Moreover, the national democrats help the authorities to legitimize this neglect by emphasizing the state interests. As an alternative to the national-statist approach, liberally minded Ukrainian-speaking elites emphasize equal opportunities for the implementation of the rights of the members of different language groups. However, as far as the Ukrainian-speakers are concerned, this approach is to be found only among intellectuals (even though it is far from dominant in this stratum) but it is almost never articulated by politicians. Since politicians in contemporary Ukraine have much better access to mainstream discourses than intellectuals, it is the nationalist-illiberal stance that is perceived as the position of the Ukrainian-speakers. This perception hinders a compromise between the two main language groups, all the more so because it is compounded with the equally uncompromising approach of those elites seen as representatives of the Russian-speakers.

|| DR. VOLODYMYR KULYK

Senior Research Fellow, Institute of Political and Ethnic Studies, National Academy of Sciences of Ukraine, Kyiv

NOTES

- ¹ Woolard, Kathryn A.: Language ideology: issues and approaches, in: *Pragmatics* 3/1992, pp. 235-249, here p. 237.
- ² Kulyk, Volodymyr: Ideologies of language use in post-Soviet Ukrainian media, in: *International Journal of the Sociology of Language* 1/2010, pp. 79-104, here pp. 83-84.
- ³ Woolard, Kathryn A. / Schieffelin, Bambi A.: Language ideology, in: *Annual Review of Anthropology* 1/1994, pp. 55-82, here p. 55.
- ⁴ For an analysis of popular beliefs regarding linguistic structures and features of the Ukrainian language (or, in the sociolinguistic parlance, its corpus), see: Kulyk, Volodymyr: Beliefs on language status and corpus in focus group discussions on the Ukrainian language policy, paper presented at the annual convention of the Association for the Study of Nationalities, New York, April 2011.
- ⁵ For survey-based evidence of the ambivalence of popular beliefs on the appropriate use of Ukrainian and Russian, see: Kulyk, Volodymyr: Language policies and language attitudes in post-Orange Ukraine, in: *Language policy and language situation in Ukraine: analysis and recommendations*, ed. by Juliane Besters-Dilger, Frankfurt 2009, pp. 15-55, here pp. 43-46.
- ⁶ Kulyk, Volodymyr: Constructing common sense: language and ethnicity in Ukrainian public discourse, in: *Ethnic and Racial Studies* 2/2006, pp. 281-314, here pp. 287-292.
- ⁷ Or rather other groups, in plural, since the two groups do not encompass all society, hence the neglect of the rest also manifests an ideological choice.
- ⁸ See, for example Kosiv, Mykhailo: Na konstytutsiinykh zasadakh, in: *Dzerkalo tyzhnia*, 23.9.2000, p. 17; Zhulyns'kyi, Mykola: Dvovovnist'? Ni – zahroza dvolykosti, in: *Ukraïns'ka mova i literatura* 1/2001, pp. 6-15; Masenko, Larysa: *Mova i polityka*, Kyiv 1999.
- ⁹ Dzyuba, Ivan: Prytcha vo iazytsekh, abo kul'tura pered systemoiu "Rada", in: *Den'*, 24.12.2002, pp. 1, 4.
- ¹⁰ Iazyk: lichnost', sotsium, gosudarstvo, in: *Rossiisko-ukrainskii biulleten'* 6-7/2000, pp. 89-138, here p. 100.
- ¹¹ *Ibid.*, p. 101.
- ¹² See, for example, parliamentary speeches by Pavlo Movchan, Ivan Zaets and Yurii Kliuchkovskyyi: Tretia sesiia Verkhovnoi Rady Ukraïny, zasidannia shoste, 7.2.2003, http://static.rada.gov.ua/zakon/skl4/3session/STENOGR/07020303_06.htm, last attended: 18.3.2011.
- ¹³ See, for example, contributions by Mykola Riabchuk and Serhii Naboka in: *Iazyk: lichnost', sotsium, gosudarstvo*, pp. 91, 94.
- ¹⁴ Radio Liberty, Russian service, 3.8.2000, program "Fakty i mneniia".
- ¹⁵ Medvedev, Oleh: De moia polovyna?, in: *Den'*, 14.3.2003, p. 4.
- ¹⁶ See, for example Zhulyns'kyi: Dvovovnist'?, parliamentary speech by Ihor Yukhnovskyyi: Tretia sesiia Verkhovnoi Rady Ukraïny, zasidannia shoste, 7.2.2003; parliamentary speeches by Pavlo Movchan and Valen-

tyna Hoshovska: Vos'ma sesiiia Verkhovnoï Rady Ukraïny, zasidannia sorok chetverte, 30.11.2001, http://www.rada.gov.ua/zakon/skl3/BUL38/301101_44.htm, last attended: 18.3.2011.

¹⁷ Zhulyns'kyi: Dvomovnist'?

¹⁸ See, for example, a contribution by Yaroslav Dashkevych in: Iazyk: lichnost', sotsium, gosudarstvo, p. 96; Kosiv: Na konstytutsiinykh zasadakh.

¹⁹ Zhulyns'kyi: Dvomovnist'?

²⁰ See, for example, parliamentary speeches by Pavlo Movchan, Anatolii Matvienko and Mykhailo Ratushnyi: Vos'ma sesiiia Verkhovnoï Rady Ukraïny, zasidannia sorok chetverte, 30.11.2001.

²¹ Kulyk: Language policies and language attitudes in post-Orange Ukraine, pp. 24-40.

²² Janmaat, Jan Germen: Nation-building in post-Soviet Ukraine: educational policy and the response of the Russian-speaking population, Amsterdam 2000, p. 67.

DIE GRENZEN VON DEMOKRATISIERUNG UND EUROPÄISIERUNG UNTER DER PRÄSIDENTSCHAFT VIKTOR JUSCHTSCHENKOS (2005-2010)

INGMAR BREDIES || Die Orange Revolution 2004 wird häufig als Zäsur in der demokratischen Entwicklung der Ukraine angesehen. Die anschließende Übernahme des Präsidentenamtes durch Viktor Juschtschenko ging dabei mit einer signifikanten Neuausrichtung der Geschichts- und Identitätspolitik einher. Dieser Beitrag untersucht, inwieweit die politischen Ziele der Demokratisierung und Europäisierung mit diesem Richtungswechsel vereinbar waren.

EINLEITUNG: NATIONALES SELBSTVERSTÄNDNIS UND DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG

Die überaus komplexen und facettenreichen regionalen Unterschiede innerhalb der Ukraine werden oft auf einen „proeuropäischen“ Westen und einen „prussischen“ Ostteil des Landes reduziert. In der regionalen Heterogenität wird dabei eine wesentliche Ursache für die Schwäche staatlicher Institutionen und die politische Krisenanfälligkeit der Ukraine gesehen. Mit den Präsidentschaftswahlen 2004 und der Orangen Revolution übernahmen die vermeintlich „prowestlichen“ Kräfte erstmals seit Erlangung der Unabhängigkeit 1991 die Regierungsgeschäfte. Der Wahlsieger Viktor Juschtschenko und sein Herausforderer Viktor Janukowytsch personifizierten geradezu idealtypisch die innerukrainischen regionalen Gegensätze, die mit der viel zitierten, stark vereinfachten Ost-West-Dichotomie des Landes zu korrelieren schienen: auf der einen Seite die ukrainischsprachige, agrarisch und vorwiegend griechisch-katholisch geprägte, patriotische und demokratische Westukraine; auf der anderen die russischsprachige, industrialisierte, russisch-orthodox dominierte, national-nihilistische, sowjetnostalgische und autoritäre Ostukraine. Dahinter verbergen sich zwei miteinander konkurrierende, nationale Identitätsmuster, die häufig als „ethnic Ukrainian“ und „eastern Slavic“ gekennzeichnet werden.¹ Vor dem Hintergrund hieraus resultierender, unterschiedlicher Entwicklungspfade wurde den Präsidentschaftswahlen 2004 eine Schicksalhafterkeit

beigemessen, die eine seit 1991 einmalige Mobilisierung und Anteilnahme im In- und Ausland erzeugte. Der neue Präsident Viktor Juschtschenko legte dabei von Beginn seiner Amtszeit an großen Wert auf die Kultivierung eines neuen nationalen Selbstverständnisses. Hierbei verfolgte Viktor Juschtschenko das Ziel, die Ukraine vor allem auch symbolisch und ideell stärker in die Staatenfamilie der Europäischen Union zu integrieren. Bereits in seiner Inaugurationsrede trat dieser Leitgedanke deutlich zutage:

„Wir haben freiwillig einen Pfad gewählt, den wir bereit sind, voran und bergauf zu gehen. Diese Wahl ist durch unsere gesamte Historie bedingt:

Wir haben den Wohlstand gewählt, da Armut nicht die Erde entweihen darf, die erstmalig in der Geschichte der Menschheit durch den Pflug des Brotbauern kultiviert wurde.

Wir haben die Gerechtigkeit gewählt, da Gesetzlosigkeit nicht zur Norm in einem Staat werden kann, in dem vor 1.000 Jahren der Gesetzeskodex Rus'ka Pravda eingerichtet wurde.

Wir haben die Freiheit gewählt, da Tyrannei nicht über die Erben der Kosakenrepublik herrschen darf, wo schon vor 300 Jahren die erste moderne Verfassung überhaupt geschrieben wurde.

Wir haben die Unabhängigkeit gewählt, denn wir sind die Nachfahren von Generationen, die Jahrhunderte von einem ukrainischen Staat geträumt haben; die ihre Freiheit mit Schweiß und Blut zu erlangen suchten.“²

FRAGESTELLUNG UND RELEVANZ DES THEMAS

Dieser Beitrag geht der Frage nach, inwiefern eine Vereinbarkeit zwischen der Geschichts- und Identitätspolitik unter der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos sowie dem hierin angelegten Nationalenverständnis und der – zumindest deklaratorischen – Demokratisierung und Europäisierung des Landes bestand. Es wird hier vermutet, dass die Durchsetzung einer ukrainozentrischen Konzeption von Geschichts- und Identitätspolitik mittels eines „verordneten Nationalismus“³ einer konsequenten Demokratisierung und Europäisierung des Landes im Wege standen. „Verordneter Nationalismus“ bezieht sich dabei auf einen staatlich gelenkten Prozess, der die Vereinheitlichung einer gesamtukrainisch relevanten, nationalen Identität begünstigen soll. Ein solches Verständnis ist dem Konzept des „nationalising state“ nach Rogers Brubaker entlehnt.⁴ Der politische Kurswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik wird in diesem Beitrag anhand von zwei Aspekten verdeutlicht: der Hungerkatastrophe 1932-33 (ukr.: Holodomor) und der Neubewertung der Rolle der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) sowie der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) während des Zweiten Weltkrieges. Abschließend soll eine Einschätzung der Angemessenheit und Sinnhaftigkeit der regionalen Ost-West-Dichotomie vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen in der Ukraine vorgenommen werden. Folgt in Fragen des nationalen Selbstverständnisses der vermeintlich „proeuropäischen“ Orientierung Viktor Juschtschenkos nun eine „prorussische“ Kehrtwende unter dem seit Februar 2010 amtierenden Präsidenten Viktor Janukowytsch?

NEUE AKZENTE IN DER GESCHICHTS- UND IDENTITÄTSPOLITIK UNTER VIKTOR JUSCHTSCHENKO

Während der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos waren deutliche Bemühungen erkennbar, den Prozess ukrainischer Nationenbildung als linearen Prozess freiheitlich-liberaler, (proto)demokratischer Erfahrungswerte darzustellen. Trotz der durchwachsenen Regierungsbilanz und des enormen Popularitätsverlustes Viktor Juschtschenkos bestand eben in diesem Bestreben das wesentliche Verdienst seiner Präsidentschaft. In der Bewertung historischer Prozesse, Ereignisse und Persönlichkeiten sowie der Herleitung der Legitimationsgrundlage ukrainischer Staatlichkeit hob sich Viktor Juschtschenko damit deutlich von seinem Amtsvorgänger Leonid Kutschma (1994-2004) ab. Diesem wurde zu Recht ein „autoritärer Eklektizismus“ attestiert.⁵

Dabei wurden Darstellungen der sowjetischen Historiographie beliebig mit nationalukrainischen Inhalten versetzt. Eine solche Vermischung war auch aus dem Grunde möglich, da bereits im Rahmen sowjetischer „Jubileomanija“ (Jubiläumsmanie) einige zentrale Figuren und Ereignisse der ukrainischen Nationalbewegung Gegenstand inszenierter und ideologisch eingefärbter Jubiläumsfeierlichkeiten wurden: So ist der Schriftsteller und Poet Taras Schewtschenko⁶ ebenso von der sowjetischen Historiographie vereinnahmt worden wie der Kosakenhetman Bohdan Chmelnyzkyj, der mit der „Wiedervereinigung“ der russischen und ukrainischen „Brudervölker“ durch den Vertrag von Perejaslaw 1654 assoziiert wurde.⁷ Wo es opportun und weitestgehend unverfänglich schien, vertrat selbst der tendenziell der ostslawischen Geschichtsdeutung näher stehende Leonid Kutschma mitunter auch „ukrainophile“ Positionen – so beispielsweise in der Berufung auf die Kiewer Rus als ukrainischen Urstaat.⁸ Dezidiert antisowjetische und zudem in starkem Kontrast zu russischen Positionen der Gegenwart stehende Geschichtsdeutungen wurden hingegen ausgeblendet. Insbesondere zum Ende der zweiten Amtszeit Leonid Kutschmas (1999-2004) verstärkten sich Anlehnungen an die sowjetische Geschichtspropaganda, wodurch die erstarken, nationaldemokratischen Kräfte der politischen Opposition um Viktor Juschtschenko im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 gezielt als „Nationalisten“ oder „Faschisten“ diskreditiert werden sollten.⁹

Der Holodomor (1932-33)¹⁰

Die Darstellung der Nation als Leidens- und Opfergemeinschaft sowie die selektive Idealisierung oder Glorifizierung von historischen Ereignissen und Persönlichkeiten bilden zentrale Motive in jeder Nationalgeschichte. Die Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft und die Entkulakisierung in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren sowie die Hungerkatastrophe 1932-33 werden aus dem neuen nationalen Selbstverständnis heraus konsequent als gezielte Maßnahmen gegen die ukrainische Nation zur Eindämmung „bourgeoisnationalistischer“ Tendenzen dargestellt. Bis 1987 wurden die Ereignisse der Jahre 1932-33, denen unterschiedlichen Einschätzungen zufolge zwischen vier und zehn Millionen Menschen zum Opfer fielen, durch die sowjetische Staatsführung geleugnet.¹¹ Zumindest auf nationaler Ebene gilt die Auffassung vom Holodomor als intendiertem Völker-

mord an Ukrainern inzwischen als mehrheitsfähig, obwohl es hier erhebliche regionale Unterschiede gibt. Einer Umfrage des Kiev International Institute of Sociology (KIIS) aus dem Jahr 2008 zufolge gingen 38 Prozent der Bevölkerung der Westukraine davon aus, dass die Politik Stalins die Vernichtung eines Großteils der ukrainischen Bevölkerung verfolgte; ebenso viele gaben generell die Bevölkerung der Sowjetunion, darunter auch Ukrainer, als Opfer- und Zielgruppe des Holodomor an. Die entsprechenden Werte für andere Regionen sind: 23

(Vernichtung von Ukrainern) und 36 Prozent (Vernichtung der Sowjetbevölkerung, darunter Ukrainer) in der Zentralukraine, 2 und 45 Prozent im Süden sowie 9 und 34 Prozent für den Ostteil des Landes. Für die beiden größten ethnischen Gruppen ergeben sich landesweit folgende Werte: 21 (Vernichtung von Ukrainern) und 37 Prozent (Vernichtung der Sowjetbevölkerung, darunter Ukrainer) bei den ethnischen Ukrainern sowie 7 und 37 Prozent unter der ethnisch russischen Bevölkerung des Landes.¹²



Bis 2008 erinnerte in der ukrainischen Hauptstadt nur dieses im Jahre 1993 errichtete kleine Denkmal an die Millionen der Holodomor-Opfer in der Ukraine.

Bereits zum 65. Jahrestag legte der damalige Präsident Leonid Kutschma per Dekret einen „Gedenktag für die Opfer der Holodomore und politischer Repressionen“ auf den vierten Samstag im November fest.¹³ Im Mai 2003 verabschiedete das Parlament (Verchovna Rada) eine an die ukrainische Bevölkerung gerichtete Resolution (Postanova Nr. 789-IV), in der der Holodomor 1932-33 als Genozid bezeichnet wurde. Im November 2006 brachte Viktor Juschtschenko auf dieser Grundlage einen Gesetz-

entwurf ein, der die Leugnung des Hunger-Genozids als „Beleidigung von Millionen von Opfern“ und „Erniedrigung der Würde des ukrainischen Volkes“ bezeichnete.¹⁴ Parteipolitisch wurde die „Genozidthese“ von der Kommunistischen Partei und der Partei der Regionen in Frage gestellt. Die präsidentennahe Partei Unsere Ukraine und der Block Julia Tymoschenkos stützten hingegen die Initiative. Die Sozialistische Partei knüpfte ihre Zustimmung an die Bedingung, dass der Gesetzentwurf um den

Zusatz erweitert wird, dass neben Ukrainern auch andere Ethnien zur Opfergruppe des Holodomor gehörten. Im März 2007 regte Viktor Juschtschenko die strafrechtliche Verfolgung für die öffentliche Leugnung des Holocausts und des Hunger-Genozids an den Ukrainern mit einem Strafmaß von bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug an. Im Vorfeld des 75. Jahrestages wies der Präsident per Erlass Massenmedien, akademische und andere Bildungseinrichtungen sowie den ukrainischen Geheimdienst an, ein angemessenes Gedenken an den Holodomor sicherzustellen.¹⁵

Die Bemühungen Viktor Juschtschenkos um eine internationale Anerkennung des Holodomor als Genozid an der ukrainischen Bevölkerung waren indes nur bedingt von Erfolg gekrönt. So ist der Holodomor zwar von 22 Staaten als Völkermord anerkannt worden, während sich jedoch einige Staaten – so beispielsweise Russland oder Israel – vehement gegen eine solche Auffassung zur Wehr setzten, da sich eigene nationale Deutungsmuster damit nur schwer vereinbaren ließen.¹⁶ Am 23. Oktober 2008 erkannte das Europäische Parlament in einer Resolution den Holodomor „lediglich“ als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ an.¹⁷ Eine Bezeichnung als Genozid wurde auch durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates im April 2010 abgelehnt. Diesem Anliegen steht in erster Linie ein terminologisches Problem im Wege. Nachdem der Begriff des Genozids¹⁸ 1944 von Raphael Lemkin erstmals eingeführt wurde, schlug sich sein auf den Holocaust bezogenes Verständnis maßgeblich in der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (UN Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide) nieder. Dieses am 9. Dezember 1948 verabschiedete und 1951 in Kraft getretene Dokument liefert bis heute die Definition des Völkermordes als eine der unten aufgezählten Handlungen, die in der Absicht begangen werden, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

– gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“¹⁹

Die Frage, inwieweit der Holodomor dieser Definition entspricht, ist noch immer Gegenstand überaus kontroverser Auseinandersetzungen. Zweifel an der unter der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos vertretenen „Genozidthese“ werden gelegentlich hinsichtlich der intendierten Vernichtungs- oder Zerstörungsabsicht der sowjetischen Staatsführung erhoben.²⁰ Darüber hinaus ist umstritten, inwiefern die Ziel- und Opfergruppe als national, ethnisch, rassisch oder religiös einzustufen ist. So wird der Holodomor mitunter auch als Sozozid diskutiert, der sich gegen die soziale Klasse der Bauern nicht nur in der Ukraine richtete.²¹ Juschtschenkos Amtsnachfolger Viktor Janukowytsch distanzierte sich im April 2010 deutlich von der Annahme, der Holodomor 1932-33 wäre ein gegen die ukrainische Nation gerichteter Völkermord und gab somit auch außenpolitisch und diplomatisch die Forderung auf, eine entsprechende internationale Anerkennung zu erwirken.²²

Zweiter Weltkrieg – Rolle der OUN und der UPA

Einige Wissenschaftler und Beobachter weisen auf eine gewisse Inkonsequenz der Geschichts- und Identitätspolitik unter der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos hin. Weshalb ist nicht auch für die deutsche Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkrieges eine Anerkennung als Genozid angestrebt worden? Hier liegt die Vermutung nahe, dass ein solcher Schritt die Frage nach einer Beteiligung der OUN sowie der UPA an ethnischen Säuberungsmaßnahmen und anderen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung unter deutscher Besatzung in der Westukraine aufgeworfen hätte. Gerade dies war jedoch mit einer Neubewertung des Großen Vaterländischen Krieges für die Ukraine und der Rehabilitierung der 1929 gegründeten OUN sowie der seit 1943 bestehenden UPA nicht vereinbar. Beide Organisationsstrukturen sind in der sowjetischen Historiographie der verräterischen Kollaboration mit dem deutschen Besatzerregime bezichtigt worden. Die UPA leistete in einigen Regionen der Westukraine bis 1954 Widerstand gegen die Errichtung der Sowjetherrschaft. Aus Sicht der sowjetischen Geschichtsschreibung und Propaganda gelten dabei insbesondere Stepan Bandera²³ und Roman Schuchewytsch²⁴ als „Reizfiguren“. Der für die Anhänger Banderas geläufige Begriff „banderivtsi“ ging dabei nachhaltig in den allgemeinen Sprachgebrauch ein und steht noch heute sinnbildlich für „Verräter“.



Das im Jahre 2007 errichtete Denkmal Stepan Banderas in Lwiw (Lemberg)

Dieser Stigmatisierung der Sowjetperiode setzte Viktor Juschtschenko die konsequente Ignorierung und Tabuisierung jeglicher Form von Kollaboration der OUN und der UPA entgegen.²⁵

Während der Amtszeit Viktor Juschtschenkos ging es vor allem auch darum, die Mitglieder beider Organisationsstrukturen von einem durch die Sowjetpropaganda vermittelten Generalverdacht der Kollaboration mit den deutschen Besatzungstruppen zu befreien und sie auch rechtlich mit Kriegsveteranen der Roten Armee gleichzustellen. Gemäß dem Gesetz „Über den Status der Kriegsveteranen und die Garantien ihres sozialen Schutzes“ (Gesetz 3551-XII vom 22.10.1993) ist Teilnehmern von Kampfhandlungen der OUN und UPA nur unter bestimmten Umständen der Status von Kriegsveteranen zuzusprechen: Er gilt nur für an Kampfhandlungen zwischen 1941-1944 Beteiligte und setzt voraus, dass diese „keine Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit“ begangen hätten. Zudem wird ihnen nicht explizit zugesprochen, für die „Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine“ gekämpft zu haben.²⁶ Jüngere Untersuchungen lassen indes keinen Zweifel an der problematischen ideologischen Ausrichtung der OUN sowie der Beteiligung von Verbänden des Flügels unter Leitung Stepan Banderas (OUN-B) und der UPA an vorrangig gegen die jüdische und polnische Zivilbevölkerung gerichteten ethnischen Säuberungen in der Westukraine.²⁷ Neue Archivreise haben die Debatte kürzlich neu angefacht. Demzufolge soll die OUN-B – in deutschem Auftrag – ein Attentat auf den damaligen US-amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt geplant haben.²⁸ Vor dem Hintergrund folgender Grundannahmen wird die vorübergehende Bereitschaft zur Kollaboration in Teilen der OUN und der UPA verständlich:

„Die Meinung, man müsse – um jeden Preis – eine Armee besitzen, um so zu staatlicher Unabhängigkeit zu gelangen und die Abwesenheit von über die eigene Nation hinausgehender Loyalität gehörten zu den Argumentationsstrukturen ukrainischer Nationalisten. Diese Haltung bietet einen Schlüssel dazu, die Zusammenarbeit mit den Deutschen als kaum fragwürdigen Weg zur Unabhängigkeit zu betrachten – ein Staat, der eine ukrainische Armee tolerierte, war in den Augen der Anhänger solcher Überlegungen auch Förderer der ukrainischen Unabhängigkeit.“²⁹

Roman Schuchewytsch – von 1944 bis zu seinem Tod Oberbefehlshaber der UPA – wurde im Oktober 2007 anlässlich seines 100. Geburtstages und des

65. Jahrestages der Gründung der UPA durch einen Erlass Viktor Juschtschenkos posthum der Titel „Held der Ukraine“ für seinen „herausragenden persönlichen Beitrag im nationalen Befreiungskampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine“ verliehen.³⁰ Wenige Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit sprach der Präsident diese Ehrung am 20. Januar 2010 auch Stepan Bandera aus. Dieser Schritt stieß national wie international auf große Vorbehalte. Das Europäische Parlament sah sich in einer Resolution vom 25. Februar 2010 (Punkt 20) dazu veranlasst, sein Missfallen über diese Entscheidung auszudrücken und äußerte zudem die Hoffnung, dass die künftige Regierung „ihr Bekenntnis zu europäischen Werten aufrechterhält.“³¹ In Übereinstimmung mit der Haltung seines Amtsnachfolgers Viktor Janukowytsch in dieser Frage wird gegenwärtig gerichtlich die Annullierung der Auszeichnungen an Roman Schuchewytsch und Stepan Bandera erwirkt, die in einigen Regionen bereits durchgesetzt wurde.³²

KONFLIKTPOTENTIAL EINES „VERORDNETEN NATIONALISMUS“

Aufgrund der multiethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung und der regionalen Heterogenität waren den Bemühungen Viktor Juschtschenkos um die Kultivierung eines ukrainozentrischen Geschichtsbildes und die Schaffung einer gesamtukrainischen, nationalen Identität Grenzen gesetzt. Als problematisch hat sich der Versuch erwiesen, dem durch die Sowjetpropaganda geprägten Geschichtsbild nun mit der Wiederherstellung „wahrer“ Geschichte und nachholender Geschichtsentdeckung zu begegnen.³³ Die sowjetische Historiographie wurde dabei als amoralisch, ahistorisch und unethisch charakterisiert, währenddessen nun die gerechte und wahrheitsgemäße Bewertung von historischen Prozessen, Ereignissen und Persönlichkeiten erfolgen würde.³⁴ Paradox ist dabei, dass gerade dieser absolute Wahrheitsanspruch und die einseitige Politisierung und Vereinnahmung der Vergangenheit wiederum der sowjetischen Praxis recht nahe kommen.

Zur Gewährleistung der Formulierung und Vermittlung politisch „verordneter“ Inhalte sind während der Amtszeit Viktor Juschtschenkos zahlreiche Institutionen eingerichtet und Maßnahmen initiiert worden. Ein zentraler Sinnproduzent eines entsprechenden historischen Bewusstseins stellte das 2005 gegründete, unmittelbar der Exekutive unterstellte Ukrainische Institut nationalen Gedenkens (UINP) dar.³⁵ Die Besetzung des Instituts mit loyalen, hand-

verlesenen „Patrioten“ war einem auf wissenschaftliche Argumentation und öffentliche Diskussion ausgerichteten Diskurs hinderlich. Die Auswahl und Bearbeitung inhaltlicher Schwerpunkte erfolgte faktisch unter Gesichtspunkten politischer Verwertbarkeit der Arbeit des Instituts. Darüber hinaus wurde 2007 innerhalb der Strukturen des ukrainischen Geheimdienstes (SBU) eine Historiker-Arbeitsgruppe eingerichtet, deren inhaltliche Schwerpunkte vor allem eine angemessene Darstellung des Holodomor 1932-33 sowie die Rehabilitierung von OUN und UPA zum Gegenstand hatten. Auffällig ist generell, dass bestimmte Bereiche des ukrainischen Archivwesens noch immer teilweise dem Geheimdienst angegliedert oder direkt unterstellt sind.³⁶ Die Hauptaufgabe der Historiker-Arbeitsgruppe umschrieb der damalige Vorsitzende des SBU Walentyn Nalywajtschenko wie folgt: „Unser vorrangiges Ziel ist, die ukrainische Geschichte von Lüge und Verfälschungen zu reinigen und nur mit wahrheitsgemäßen Dokumenten zu arbeiten.“³⁷ Es ist fraglich, ob derartige Strukturen ein glaubwürdiges Interesse an einer vollständigen Aufarbeitung der Vergangenheit haben können.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Mit der Trendwende in der Geschichts- und Identitätspolitik unter der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos hat sich die Relevanz regionaler Gegensätze in der ukrainischen Politik verschärft. Auch außenpolitisch sorgte die Umorientierung häufig für Unverständnis und diplomatische Verstimmungen. Eine wesentliche Ursache für die bedingte Vereinbarkeit mit Prozessen der Demokratisierung und Europäisierung des Landes ist in einem ethnisch-exklusiven, ukrainozentrischen Konzept der Nationenbildung zu suchen.³⁸ Der Präsident zeigte sich von einem Messianismus geleitet, der im Kern auf nationalem Dogmatismus, dem Image als unnahbarer „Befreier“ der Ukraine von Willkür und Korruption, einem Anspruch auf absoluten Wahrheitsgehalt sowie einem moralisch fundierten Überlegenheitsglauben beruhte. Obwohl dieser Beitrag auch verdeutlichen sollte, dass die Dichotomie einer „proeuropäischen“ Westukraine und einem „prorusischen“ Gegenpart im Osten in dieser überspitzten Form unangebracht ist, so hält sich diese Vorstellung dennoch hartnäckig vor allem in der westlichen Perzeption. Dies scheint nicht zuletzt daran zu liegen, dass sich unter Juschtschenkos Amtsnachfolger Viktor Janukowytsch deutliche Anzeichen für eine autoritäre Restauration des politischen Systems

ergeben haben.³⁹ Die empirische Demokratiemessung scheint Viktor Juschtschenkos Image als Demokrat auf den ersten Blick zu bestätigen: Gemäß dem Index von Freedom House ist der Ukraine als einzigem postsowjetischem Nachfolgestaat – mit Ausnahme der baltischen Republiken – in den Jahren 2006-2010 der Status „frei“ zugeschrieben worden.⁴⁰ Es ist gegenwärtig davon auszugehen, dass sich unter dem derzeitigen Präsidenten Viktor Janukowytsch eine Rückstufung ergeben wird.

Wie auch immer die politischen Entwicklungen in den nächsten Jahren aussehen mögen, so scheint doch das größte Hindernis einer ausgewogenen, das Land einigenden Geschichts- und Identitätspolitik darin zu liegen, dass es sich bei vielen kontroversen Sachverhalten um „Glaubensfragen“ zu handeln scheint, deren jeweilige Anhänger grundsätzlich unversöhnliche Positionen vertreten. Dies wird insbesondere in der Debatte um die „Genozidthese“ (Holodomor 1932-33) sowie die Neubewertung der OUN und der UPA deutlich. Diese sehr emotional geführten Diskurse entziehen sich größtenteils einer rationalen oder wissenschaftlichen Hinterfragung auf Grundlage von Fakten und Argumenten: „Worst of all, people are unwilling to fill in the gaps of their ignorance about the past, or even correct their misconceptions.“⁴¹ Die Dekonstruktion tradiert Geschichtsbilder und Identitätsmuster, die in der Gesellschaft in vielfacher Hinsicht verankert sind, ist ein langwieriger und komplexer Prozess. Dabei hat es sich in der Ukraine unter der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos als unzureichend erwiesen, eine „Wahrheit“ konsequent mit einer anderen ersetzen zu wollen und die Geschichts- und Identitätspolitik erneut – wenn auch unter verkehrten Vorzeichen – vollständig politischen Zielsetzungen anzupassen und unterzuordnen. Gegenwärtig ist zu bezweifeln, dass sich an dieser grundsätzlichen Vorgehensweise unter seinem Amtsnachfolger Viktor Janukowytsch Änderungen ergeben werden.⁴²

|| DR. INGMAR BREDIES

Institut für Politikwissenschaft,
Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft
(Mittel- und Osteuropa), Universität Regensburg

ANMERKUNGEN

- 1 Shulman, Stephen: The Contours of Civic and Ethnic National Identification in Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 1/2004, S. 35-56, hier S. 36.
- 2 Auszug aus der Inaugurationsrede des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew vom 23.1.2005 in der Übersetzung des Autors [I. B.]. Die Rede ist vollständig abrufbar unter http://nslowo.free.ngo.pl/podija/ukraina_maje_prezyden ta.htm, Stand: 8.2.2011.
- 3 Der Begriff des „verordneten Nationalismus“ wurde entnommen bei Schorkowitz, Dittmar: *Postkommunismus und verordneter Nationalismus*, Frankfurt a. M. 2008.
- 4 „Nationalising states“ werden definiert als ethnisch heterogene Nationalstaaten, deren dominante politische Eliten die Sprache, Kultur, demographische und wirtschaftliche Entwicklung sowie den Vorrang einer bestimmten ethnischen Gruppe in besonderem Maße fördern. Brubaker, Rogers: *National Minorities, Nationalising States, and External Homelands in the New Europe*, in: *Daedalus* 2/1995, S. 107-132, hier S. 109.
- 5 Jilge, Wilfried: The Politics of History and the Second World War in Post-Communist Ukraine (1986/1991-2004/2005), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 1/2006, S. 50-81, hier S. 70 ff.
- 6 Karl, Lars: „Imperiale Visionen“: Nationen und Geschichtspolitik im Zarenreich und in der Sowjetunion, in: *Geschichtsbilder in den postdiktatorischen Ländern Europas: Auf der Suche nach historisch-politischen Identitäten*, hrsg. von Gerhard Besier und Katarzyna Stokłosa, Berlin 2009, S. 23-45, hier S. 28 f.
- 7 Aust, Martin: Polen und Russland im Streit um die Ukraine. Konkurrierende Erinnerungen an die Kriege des 17. Jahrhunderts in den Jahren 1934 bis 2006, Wiesbaden 2009, S. 203 ff.
- 8 Kuzio, Taras: National Identity and History Writing in Ukraine, in: *Nationalities Papers* 4/2006, S. 407-427, hier S. 423.
- 9 Jilge: The Politics of History and the Second World War in Post-Communist Ukraine, S. 77 ff.
- 10 Die Wortschöpfung Holodomor setzt sich aus den Wörtern *holod* (Hunger) und *mor* (Seuche, Krankheit, Massensterben) zusammen und wird nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen 1932-33 gebraucht. Auch die Hungerkatastrophen der Jahre 1921-23 und 1946-47 werden als Holodomor bezeichnet. Jilge, Wilfried: *Geschichtspolitik in der Ukraine*, in: *APuZ* 8-9/2007, S. 24-30, hier S. 24.
- 11 Anlässlich des 70. Jahrestages des Holodomor gab die Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 2003 eine Deklaration ab, der zufolge 7-10 Millionen Menschen der Hungerkatastrophe 1932-33 zum Opfer fielen. Viktor Juschtschenko bezifferte in öffentlichen Reden während seiner Amtszeit wiederholt die Opferzahl auf 10 Millionen Menschen. Einige Wissenschaftler halten diese Angabe für deutlich überhöht. Katchanovski, Ivan: The Politics of Soviet and Nazi Genocides in Orange Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 6/2010, S. 973-997, hier S. 982.
- 12 Katchanovski: The Politics of Soviet and Nazi Genocides in Orange Ukraine, S. 989 ff.
- 13 Arel, Dominique: Was the Ukrainian Famine Really a Genocide?, in: *Kyiv Post*, 7.12.2006, S. 14.
- 14 Der Gesetzentwurf ist abrufbar unter http://gska2.rada.gov.ua/pls/zweb_n/webproc4_1?id=&pf3511=28790, Stand: 8.2.2011.
- 15 Katchanovski: The Politics of Soviet and Nazi Genocides in Orange Ukraine, S. 981 ff.
- 16 Motyl, Alexander J.: Can Ukraine Have a History?, in: *Problems of Post-Communism* 3/2010, S. 55-61.
- 17 Die Resolution ist abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0523+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>, Stand: 8.2.2011.
- 18 Der Begriff setzt sich aus dem griechischen Wort *genos* (Rasse, Stamm) und dem lateinischen *caedere* (morden) zusammen. Raphael Lemkin führte ihn mit seiner Untersuchung „Axis Rule in Occupied Europe: Laws of Occupation – Analysis of Government – Proposals for Redress“ ein. Serbyn, Roman: The Ukrainian Famine of 1932-1933 as Genocide in the Light of the UN Convention of 1948, in: *The Ukrainian Quarterly* 2/2006, S. 186-204.
- 19 Das Dokument ist abrufbar unter http://www.admin.ch/ch/d/sr/c0_311_11.html, Stand: 8.2.2011.
- 20 Dabei gilt als belegt, dass Stalin in einem geheimen Dekret vom 22. Januar 1933 die Grenzen zur Sowjetukraine abriegeln ließ und die Bevölkerung somit bewusst dem Hungertod aussetzte.
- 21 Simon, Gerhard: Holodomor als Waffe: Stalinismus, Hunger und der ukrainische Nationalismus, in: *Osteuropa* 12/2004, S. 37-56.
- 22 <http://en.rian.ru/exsoviet/20100427/158772431.html>, Stand: 8.2.2011.
- 23 Stepan Bandera (1909-1959) stand dem radikaleren der beiden Flügel der OUN vor und stützte sich in der Absicht, einen unabhängigen ukrainischen Staat zu gründen, zumindest vorübergehend auf die deutsche Besatzungsmacht. Am Tag des Einmarsches deutscher Truppen in Lemberg (30. Juni 1941) rief Stepan Bandera einen ukrainischen Staat aus, woraufhin er verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt wurde. Dort blieb er bis 1944 inhaftiert und tauchte daraufhin in Deutschland unter. In der Sowjetunion zum Tode verurteilt, hielt er sich nach Kriegsende weiter in Deutschland auf, wo er in München 1959 einem Attentat durch einen KGB-Agenten zum Opfer fiel. Marples, David R.: Stepan Bandera: The Resurrection of a Ukrainian National Hero, in: *Europe-Asia Studies* 4/2006, S. 555-566.
- 24 Roman Schuchewytsch (1907-1950) war nachweislich von März bis Mitte Juli 1941 Befehlshaber des der Wehrmacht unterstellten Bataillons „Nachtigall“. Ab 1944 bis zu seinem Tod 1950 kommandierte er die UPA. Bruder, Franziska: „Den ukrainischen Staat erkämpfen und sterben!“ Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929-1948, Berlin 2007, S. 130 ff.
- 25 Marples, David R.: Anti-Soviet Partisans and Ukrainian Memory, in: *East European Politics and Societies* 1/2010, S. 26-43, hier S. 39 ff.

- ²⁶ Jilge, Wilfried: Nationalukrainischer Befreiungskampf: Die Umwertung des Zweiten Weltkrieges in der Ukraine, in: Osteuropa 6/2008, S. 167-186, hier S. 168 f.
- ²⁷ Bruder: „Den ukrainischen Staat erkämpfen und sterben!“, S. 42-48, S. 217-225.
- ²⁸ Ein solches Vorgehen war für die OUN nicht ungewöhnlich. So wurde auf Anweisung Stepan Banderas 1934 der polnische Innenminister Bronislaw Pieracki erschossen. Katchanovski, Ivan: Terrorists or National Heroes? Politics of the OUN and the UPA in Ukraine (Paper prepared for presentation at the Annual Conference of the Canadian Political Science Association, Montreal, June 1-3, 2010), <http://www.cpsa-acsp.ca/papers-2010/Katchanovski.pdf>, Stand: 8.2.2011, S. 6 f.
- ²⁹ Golczewski, Frank: Die Kollaboration in der Ukraine, in: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa, hrsg. von Christoph Dieckmann, Babette Quinkert und Tatjana Tönsmeier, Göttingen 2003, S. 151-182, hier S. 177.
- ³⁰ Der Titel „Held der Ukraine“ wurde in Anknüpfung an die Vergabepaxis von Auszeichnungen während der Sowjetperiode („Held der Sowjetunion“) von Leonid Kutschma 1998 eingeführt. Jilge: Nationalukrainischer Befreiungskampf, S. 178 ff.
- ³¹ Die Resolution ist abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0035+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>, Stand: 8.2.2011.
- ³² <http://inforos.ru/en/?module=news&action=view&id=26889>, Stand: 8.2.2011.
- ³³ Schorkowitz: Postkommunismus und verordneter Nationalismus, S. 18 f.
- ³⁴ Jilge, Wilfried: Holodomor und Nation: Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild, in: Osteuropa 12/2004, S. 147-164.
- ³⁵ <http://www.memory.gov.ua/>, Stand: 8.2.2011.
- ³⁶ Kabačij, Roman: SBU: sekretni materialy, in: Ukraïns'kyj Tyžden' 14/2010, S. 38-40.
- ³⁷ <http://ua.korrespondent.net/ukraine/events/468842/print>, Stand: 8.2.2011.
- ³⁸ Stepan, Alfred: Ukraine: Improbable Democratic „Nation-State“ But Possible Democratic „State-Nation“?, in: Post-Soviet Affairs 4/2005, S. 279-308.
- ³⁹ Bredies, Ingmar: „Volle Fahrt zurück!“ Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik, in: Ukraine-Analysen 75/2010, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen75.pdf>, Stand: 8.2.2011.
- ⁴⁰ Siehe die Jahresberichte Freedom in the World: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=15>, Stand: 8.2.2011.
- ⁴¹ Marples, David R.: Heroes and Villains. Creating National History in Contemporary Ukraine, Budapest 2007, S. 8.
- ⁴² Kuzio, Taras: Viktor Yanukovich's First 100 Days: Back to the Past, But What's the Rush?, in: Demokratizatsiya 2/2010, S. 208-218.

LIBERAL NATIONALISM IN UKRAINE: PROBLEMS AND PROSPECTS

MYKOLA RIABCHUK || The paper refrains from discussing the normative compatibility of liberalism and nationalism. Instead, it applies a factual approach and argues that some forms of nationalism are immanent for the very existence of a nation and even more so for the process of nation building. The paper discusses the reasons why Ukrainian nation builders tend to pragmatically develop liberal forms of nationalism. In this, however, they encounter two powerful ideological rivals that paradoxically reinforce each other – illiberal, militant nationalism of Ukrainian populist radicals and (neo)colonial, largely Ukrainophobic nationalism of Russians / Russophones in Ukraine still promoted by the former imperial metropolis.

INTRODUCTION

In Western political thought that claims global universality, liberalism tends to be treated as an absolute good, a synonym for tolerance and respect for personal autonomy and human rights, one of the fundamentals upon which modern civilization is built. Nationalism, to the contrary, is often represented as an absolute evil, synonym for chauvinism, xenophobia, violence, "warfare that tears neighbor from neighbor and divides countries long united".¹ In such a context, the term "liberal nationalism" appears to be an oxymoron, *contradictio in adiecto*, something like "rational irrationality", "civilized barbarity", "tolerant intolerance", "individualistic communitarianism".

Since World War II, with all its horrors ascribed to nationalistic obsessions, nationalism had been widely believed to be "philosophically disreputable and politically reactionary".² The dominant mood was that the global advance of modernity, i. e., steady growth of communication technology and interpersonal contacts, of social mobility and well-being, of culture and education, would gradually assert liberal democratic values and inevitably tame irrationality, intolerance, and nationalistic excesses. It was only after the fall of communism in 1989-1991 and the emergence of two dozen independent states within the inner and outer Soviet empire, that mainstream Western scholarship paid due attention to a great variety of nationalisms in

the new nation-states that largely determined their eventual – liberal or illiberal – political development. Different trajectories of postcommunist transition made scholars put forth the question that entailed, at least implicitly, the oxymoronic notion of liberal nationalism: "Why is liberalism more likely to be compatible with the reconstruction of national identity in some post-Leninist states than in others?"³

They had to recognize that nationalism played an important role in the fall of the Empire, that the disintegration of the Soviet Union was caused not only by emancipation of civil society from the totalitarian state but also by emancipation of national / nationalistic societies from imperial dominance. Nationalism, not only civicness, was a powerful driving force behind most liberal anticommunist movements like Polish *Solidarnosc*, Czech *Verejnost proti nasiliu*, Lithuanian *Sajudis*, or Ukrainian *Rukh*. National freedom was as important for Poles, and Czechs, and Ukrainians as civic liberties; actually, all those values were largely inseparable. This made scholars recognize that "a certain form of nationalism is, hence, still needed to support and sustain liberal democracy";⁴ that "democracy rests on the strongly cohesive identities provided by nationhood – there is no democratic state that is without this";⁵ and that liberalism itself "depends on some nationalist justification of popular sovereignty and state boundaries".⁶

The concept of liberal nationalism has made an impressive career in Western scholarship provoking heated debates that are far from over. In Ukraine, however, virtually no repercussions of these debates have ever been clearly noticed. There are many reasons for this that will be outlined briefly in the first part of this paper. Its main task, however, is to examine the character of today's Ukrainian nationalism, its compatibility with liberal democratic principles, and its role in the ongoing process of state / nation building that is likely to determine the eventual character of the state. These deliberations will make up, respectively, the second and the third parts of the paper.

To avoid extensive and complicated theoretical debates over normative compatibility of nationalism and liberalism that go far beyond the scope of this study, I accept a factual rather than normative approach to the problem – more or less in a way suggested by one of the reviewers of Cheng Chen's book: "Nationalism and liberalism are reconcilable because they *have to be* and not because there is some intrinsic compatibility between a collectivist nationalism and an individualistic liberalism."⁷ In other words, the compatibility, even if it does not exist from the normative point of view, should be pragmatically achieved to the highest degree possible – as a part and a factor of a country's democratization, modernization and Westernization.⁸ Without it, we can hardly expect Ukraine to be stable domestically and respected internationally.

COMMON ENEMIES

Both liberalism and nationalism were outlawed in the Soviet Union as ideological heresies. Both of them were deemed incompatible with the dominant ideology of Marxism-Leninism that represented a 'scientific truth' and claimed absolute ideological monopoly. 'Bourgeois nationalism' was an even more sinister enemy since it was considered not only as an ideological deviation but also a form of political subversion. In most cases, it fell under the paragraphs of the Criminal Code and was severely penalized as 'anti-Soviet activity'. All the Soviet nationalities had their own 'nationalists' – a generic term for anybody concerned with linguistic, cultural, or any other rights of his / her ethnic group. Russians, since the 1930s, have been the only nationality spectacularly immune to the nationalistic contagion – probably just because Russian nationalism had become a constitutive part of the official ideology under Stalin.

Liberalism in the Soviet Union had been also condemned but not criminalized. It was similarly considered a 'bourgeois' ideology and interpreted officially as a trick invented by the dominant classes to detract masses from the class struggle, to pacify and subjugate the proletariat. Within the country it was used typically with the adjective 'rotten' – to signify a lack of clear-cut ideological principles and political vigilance. 'Rotten liberalism' stood primarily for a deplorable eagerness to compromise with class enemies and was condemned, in most cases, as a serious fault but not a crime. It definitely deserved a purgatory but barely the hell.

After communism, both nationalism and liberalism remained a kind of ideological liability in all post-Soviet republics. Not a single political party featuring the word 'liberal' or 'nationalist' in its name or, explicitly, in its programmatic statements has achieved any electoral success at the national level. Vladimir Zhirinovskiy's LDPR ("Liberal Democratic Party of Russia") might be the only exception, but this is rather a hoax that has nothing to do with either liberalism or democracy but draws its relative success primarily on the charisma of a maverick leader and, presumably, on the support of authorities since its very inception.⁹

In Ukraine, less than 8 % of the nationally surveyed respondents claimed to be supporters of nationalist ideology.¹⁰ The mistrust in nationalism can be partly explained as a result of Soviet propagandistic brainwashing. It was aimed at a heavy demonization of the 'Ukrainian bourgeois nationalists' via unscrupulously equating them with Nazis, traitors and extremists: "Soviet demonization of the nationalists promoted and created a deeply rooted image of them as savage cutthroats with no political or ideological agenda except for death and destruction. This image took root in, above all, the heavily Sovietized parts of eastern and southern Ukraine, which had served as strongholds of Communist Party rule. Russians and Russian speakers picked up on official cues and frequently insulted nationally conscious Ukrainians who dared to speak their own language by referring to them as 'Banderas' [after the name of the presumably most diabolic Ukrainian nationalist leader]".¹¹

The diffusion of Western views and ideas in Ukraine after communism has brought little change in this regard since the normative value of nationalism in mainstream Western discourses is also low. In most cases, it is despised and condemned as a retrograde, dark, irrational, and destructive force.



Russian language and culture are predominant in the eastern and southern parts of Ukraine. The picture displays a sculpture of the famous Russian poet Alexander Pushkin (with a tourist) in Odessa.

Sanford Levinson recollects "almost palpable outrage" of his academic mentor and influential scholar Judith Shklar, evoked back in 1992 at a conference by a speaker who dared to claim that "any viable liberal political theory should integrate within it at least some element of nationalism". The term "liberal nationalism" was, in her view, not just a senseless oxymoron like "dry water" or "hot snow". But it was also a dangerous machination that "might lead to potentially pernicious political consequences by lowering our guard against the ravages of any and all nationalisms".¹² Like most Western scholars at the time, she perceived nationalism as something "essentially irrational and almost inevitably dangerous, characterized first by excessive attention to bloodties and then, all too often, by bloodshed of those not within the requisite tribal connection". Levinson ratifies this observation with an ominous quotation from Michael Ignatieff: "If a nation gives people a reason to sacrifice themselves, it also gives them a reason to kill."¹³

A low popularity of the liberal ideology in the post-Soviet states looks a bit more mysterious, taking into account that liberalism had not been so heavily demonized as nationalism under the Soviet rule, and that its normative value in the West is indisputably high. The conspicuous persistence of anti-liberal biases in the post-Soviet states comes probably from the fact that democracy has evolved there largely as an extension of a peculiar Soviet 'socialist democracy' and remained therefore profoundly illiberal. Nevertheless, it is labeled and broadly perceived as a genuine 'democracy', contributing thus to a discredit of both the term and the phenomenon.

Democracy in Ukraine and elsewhere in the former Soviet republics is associated usually with lawlessness and chaos, corruption and inefficiency. If the term "liberal" is added to the term "democratic" (state), it is most likely to imply even more of chaos and lawlessness. The post-Soviet politicians may not comprehend this rationally but they certainly feel it intuitively. They know that the majority of their people are fond of 'strong leaders' like Putin or Pinochet rather than Havel-style liberals. Even though they accept 'democracy', at least formally, for international reasons, they try not to bother themselves also with 'liberalism'. Recurrent references to a 'lawful state' (Rechtstaat) sound definitely better since they convey some idea of law and order, and of a strong hand curbing the post-communist chaos.

Remarkably, none of the Ukrainian presidents – neither incumbent nor his three predecessors – have ever used the term 'liberal' in their public speeches. This can be hardly explained by their 'socialist' provenance and Soviet terminological setting. Rather, they seem to avoid some terms purposefully. On many occasions, they declare an intention to make Ukraine a "civilized, lawful, European, democratic state" but never a "liberal democracy". Their unconscious bias against the term can be partly determined by the traditional Soviet hostility towards any liberalism. More likely, however, it results from traditional Marxist reduction of everything to economic relations. Liberalism, in this discourse, looks as a radical alternative not only to socialism but also to 'social state', 'social protection', 'social programs' and so on. It becomes a demonic embodiment of the capitalist laissez-faire, of wild jungles where only the strongest species survive.

LIBERALS BY DEFAULT

The low popularity of the term 'nationalism' in the post-Soviet states does not mean, however, that the phenomenon itself is on the verge of extinction. And, by the same token, a noticeable anti-liberal bias does not mean that the liberal ideology has no ground in the local intellectual milieu. Even less it means to imply that a theoretical elaboration and practical promotion of liberal principles in Ukraine is obsolete.

Ukrainian nationalism, from its very inception in the early 19th century, evolved as a kind of populist ideology promoted by local intelligentsia and aimed at the 'national awakening' of the population at large, i. e., gradual acculturation of peasants into Ukrainians. In most respects, it resembled ethno-cultural nationalisms of other stateless East European nations, with one significant peculiarity. Ukrainians had not been recognized officially as a separate nationality in the Russian empire but, instead, were deemed just a regional subgroup of Russians. This not only made Russians their significant 'Other' but also made the promotion and emphasizing of this 'otherness' a determinant of Ukrainian national existence. Symbolic – cultural and linguistic – emancipation had to precede, legitimize and ultimately secure political sovereignty. To withstand the assimilative pressure of the increasingly modernizing empire, Ukrainian intellectuals had to find some modern symbolic resources besides traditional references to their nation's glo-

rious past and brilliant folklore. Their backward, predominantly peasant nation had been largely detached from all things modern. So they found what they needed in a mythical 'Europe'. They identified themselves and their nation with some other, 'more central' civilizational Center to counter-balance the political and cultural centrality of the imperial capital. Whether they liked it or not, the Ukrainian nation-builders had to be strongly pro-Western since this was the only chance to ensure symbolic and perhaps political viability of their national project. This meant also acceptance and replicating, either reluctantly or wholeheartedly, of any mainstream ideology that dominated the West and diffused to the rest. Throughout nearly all the time, it was liberal democratic ideology, with some significant exceptions in the 1930s that had their own dramatic repercussions in Ukrainian nationalism.

'Return to Europe' became a recurrent topic in the rhetoric of Ukrainian nationalism – exactly like in the discourses of other East European nationalisms that had to resist the Soviet / Russian dominance after WWII. For all of them, 'return to Europe' meant a return to the norm, a fixing of historical injustice and perversion, a healing of a developmental pathology.

Stephen Shulman who tried to explain the unexpected strength of civic components of East European nationalisms, came to an important conclusion: "Modern national identities in this region developed in opposition to Soviet domination and its universalist communist ideology. As Soviet and communist rule weakened and finally collapsed, people in the region again rallied around their heritage, but now they interpreted this heritage as fundamentally democratic – in contrast to that of their imperial overlord. In constructing national identity and asserting national autonomy, most titular ethnic groups in the region consequently underscored democratic principles flouted during the communist period – the rule of law, political equality, and minority rights. Therefore, whereas the reactive nature of Eastern European nationalism in the 19th century may have led to a stress on ethnic and cultural components of national identity, in the late 20th century it led to a stress on civic components".¹⁴

In a subsequent study, Stephen Shulman discovered a significant correlation between the strong Ukrainian national identity and adherence to democracy, market reforms, and westernization. He concluded that the crucial determinant of this corre-

lation was Ukrainians' self-image. Since Ukrainian nationalism emphasizes Ukraine's 'otherness' vis-à-vis Russia, and asserts its alleged "Europeanness" as opposed to presumed Russian "Asiaticness", it has, by default, to accept the whole set of the Western liberal-democratic values as 'natural' and 'organic' for Ukrainians (yet allegedly 'alien' for Russians).

"Elite proponents of this identity typically contrast ethnic Ukrainians and Ukraine historically and culturally with Russians in Russia, a people and a country that are perceived to have strong collectivistic and authoritarian roots. At the same time, elite proponents of this identity argue that Ukrainians have much in common culturally and historically with Europe (...) [Therefore] democracy and capitalism symbolically raise the status of ethnic Ukrainians, spread the values alleged to be associated with ethnic Ukrainian culture throughout the country, and are more likely to function effectively in a country based on perceived ethnic Ukrainian values. Further, since the main 'Other' of this identity, Russia, is seen as having a history and culture estranged from individualistic and freedom-based development models, rejection of non-democratic and non-capitalistic models symbolically and actually maintains the perceived cultural distance between Ukraine and Russia and thereby reinforces the ethnic Ukrainian national identity. Finally, precisely because European and ethnic Ukrainian culture are seen as close, and Europeans are associated with democracy and capitalism, these models are likely to be favored because they symbolically and actually reinforce the cultural similarity between these two peoples and elevate the status of ethnic Ukrainians in Ukraine as a core group".¹⁵

Such an approach says clearly more about Ukrainians' self-assertion and symbolic emancipation from Russian dominance than about their genuine commitment to civic, republican, liberal democratic values deemed 'European'. One may argue that there is a long distance between the constructed self-image of a presumably 'European nation' and its real – heavily Sovietized, illiberal, uncivic, or at best ambiguous, character. But the counterargument says that an ideal image may have a positive impact on a nation that strives to approximate it in actuality, to acquire gradually the ideal features and ultimately to assume the invented image.

Vladimir Tismaneanu, one of the most ardent critics of East European nationalisms, warns reasonably not to overestimate their presumed civic-

ness and liberalism but recognizes ultimately that the general trend is important and the acceptance of liberal values, even if by default, is significant:

"Whatever the self-idealising rhetoric of local cultural elites may claim, these societies have a long record of illiberal, anti-modern, often xenophobic and exclusive behaviour. In other words, the appeals to a pre-communist Central European identity that would presumably be based on tolerance, civility and trust, as opposed to the collectivistic-authoritarian model imposed by Sovietism, tends to neglect the heterogeneous nature of these political cultures, in which democratic and non-democratic, pro-Western and anti-Western, modern and traditionalist values and discourses have long competed with each other. The important thing, however, is the general liberal trend in European and international affairs, and the disrepute of oppressive and repressive forms of political organisation. No less significant, the globalisation of civic networks, including those committed to the defence of human rights, has been a favourable element during the transitions".¹⁶

In actuality, Ukrainians might be not much different from Russians and other post-Soviet brethren. More important is the question whether such a discursive 'othering' and image-making serves self-indulgence and self-adoration or, as in the case of Poles, Estonians and other new members of the EU, promotes self-improvement and civic mobilization.

LIBERAL NATIONALISM AND ITS RIVALS

So far, the opinion surveys represent a rather mixed picture of values and norms upon which Ukrainian identity and, thereby, Ukrainian nationalism are based.

If asked what makes someone a Ukrainian, people seem to prioritize civic features of the national identity:

Citizenship of the Ukrainian state	17.3 %
Consciousness of oneself as a Ukrainian	40.4 %
Consciousness of Ukraine's separate history	4.9 %
Ukrainian ancestors	22.7 %
The Ukrainian language	3.9 %
Don't know	8.3 %
No answer	3.9 %

If asked whether Ukraine should, in the main, be a state of the Ukrainian nation, or a state without ethnic designation, 22.2 % of respondents support the first, presumably ethnic option, whereas 30.7 % support the presumably civic option, and 37.2 % fall somewhere in between.¹⁷

If asked which of the suggested five factors can best bind the people of Ukraine into a unified community, 28 % of the respondents mention "equal rights and coexistence within a common state", 12 % refer to "common political principles and ideas", whereas only 11 % refer to the "common East Slavonic cultural and historical heritage", and 8 % insist on the "knowledge and appreciation of Ukrainian culture and language". The highest number of respondents (33 %), however, prove neither a clearly civic nor an ethnic approach but, rather, a populist-socialist one, inherited probably from the Soviet paternalistic tradition. They aver that the best unifying factor is people's common desire for improved well-being.¹⁸

Another factor that makes the notion of civic / ethnic identity in Ukraine highly ambiguous is the different meaning of both terms for the country's two major ethno-cultural groups – Ukrainophones and Russophones. The latter seem to be more inclined to support "a state without ethnic designation" but not necessarily because of a stronger commitment to civic values. Rather often than not, they perceive such a state as an extension of the Soviet institutional setting, with a *laissez-faire* cultural and language policy, that definitely benefits them as stronger, more urbanized and socially advanced players, and preserves their postcolonial dominance. In response to this, Ukrainophones tend to reject the peculiar 'civicness' not because of hostility to the civic values but merely because of their awareness of the structural inequality created by centuries of colonialism, and desire to challenge the cultural, economic and political dominance of Russophones. Their perceived support for the 'ethnic' values may signal, in many cases, just a rejection of the *de facto* dominance of the rival group, disguised hypocritically under 'civic equality'. It may merely signify a demand for some sort of 'aboriginal rights' and revival of the titular nationality, undermined and marginalized by settler colonization and specific imperial policies.

Terminological ambiguity contributes to the general conceptual confusion that greatly obscures the place and role of Ukrainian liberal nationalism vis-à-vis its ideological rivals. On the one hand, there is a vast and protracted tradition of putting all kinds of Ukrainian nationalism, either liberal or illiberal, into one primordial bag, with little if any differentiation of their particular features. It stems primarily from the Soviet propaganda that used a hypocritical 'anti-nationalist' rhetoric to suppress

all non-Russian national cultures and identities – more or less in the same way as 'anti-Zionist' and 'anti-cosmopolitan' rhetoric was used by the Soviets to promote official anti-Semitism. Such a rhetoric is still broadly employed in propagandistic messages emanating from Moscow as well as from Russophone / Russophile media in Ukraine that tend to treat any Ukrainian a 'nationalist' because of the sheer fact that he / she distinguishes himself / herself from Russians. In some instances, yet, the synthetic, undifferentiated, essentializing approach to the complex phenomenon of Ukrainian nationalism penetrates also scholarly books – like, e. g., Andrew Wilson's "Ukrainian Nationalism in the 1990s".¹⁹

On the other hand, there is also a long tradition to completely ignore the existence of Russian / Soviet nationalism in Ukraine, or to misrepresent it as some sort of 'internationalist' or 'anti-nationalist' (rather than essentially anti-Ukrainian) force. Only recently have scholars who study far-right nationalism in Ukraine paid some attention to pro-Russian and ethnic Russian radical parties of the kind. The most prominent of them – the Progressive Socialist Party of Ukraine, PSPU, "characterised by Soviet and pan-Slavic nationalism, radical anti-Western and, particularly, anti-United States stances", had had even its own parliamentary faction in 1998-2002. But, "due to its socialist economic positions, the party is considered left-wing, [even though] politically it is clearly of the radical right-wing".²⁰

Still, the problem is that Russian / Russophone nationalism in Ukraine is not only represented by quasi-leftist, Sovietophile groups. It has also a liberal trend, represented less by political parties but primarily by the Russian-speaking intelligentsia. As a rule, they distance themselves from the Russophone radicals but usually share with them contempt for Ukrainian 'nationalists' who are (mis)represented in a typical Soviet way as homogeneous, sinister and ideologically obsessed. They share also the denial of colonial legacy and the demand for some protectionist policies that may fix a profound structural inequality of Russophone and Ukrainophone groups.

As a result, Ukrainian liberals are caught between a rock and hard place – between 'their own' radicals who denounce them as either traitors or infantile idiots ('liberasty' modeled on 'pederasty' is a popular designation for liberals within this discourse), and – Russian both radicals and liberals who simply fuse them with Ukrainian radicals within the same indifferentiated and demonized

group of 'nationalists' or, in their sarcastic parlance, 'national-patriots'.

This heavily complicates the prospects for a dialogue between the liberal members of both communities, even though such a dialogue might be the only way for a peaceful solution of Ukrainian nation-building and identity problems. Yet, to make bad things worse, today's situation places Ukrainian liberal nationalism in defence vis-à-vis two powerful foes, Ukrainian radicals and Russophone nationalists, who successfully reinforce each other. In many cases, a firm and coherent liberal democratic stance on various controversial issues appears untenable. The pending debates on the national politics of memory and the reassessment of some historical figures and events provide a graphic example of how difficult it is to support the impartial truth and universal values without 'surrendering' to the official Russian / Soviet narrative that pretends to be 'antinationalistic' but in fact is profoundly Ukrainophobic.

In a recent article on the politics of memory in two divided societies, Oxana Shevel aptly explains why a Spanish-style policy of national reconciliation, based on the promotion of a "democratic memory", is unworkable yet in Ukraine: "Such a policy has so far not been attempted, or even proposed, by any political actor or group due to two interrelated factors. The first is the belief shared by all Ukrainian political actors, regardless of their ideological orientation, that a shared memory is necessary for the unity of the nation, which in turn is necessary for the stability and viability of the state. The second is the peculiar nature of the dominant Russian historical narrative, which sees Ukrainians and Russians as essentially belonging to one pan-Slavic nationality and thus denies the legitimacy and normalcy of Ukrainian state independence, and the reaction to this narrative in Ukraine."²¹

Ukraine, she argues, simply cannot afford, at the moment, to take a liberal 'laissez-faire' stance on the contested issues related to its very existence. In Spain, the paradigmatic shift occurred only "after contested memory no longer threatened national unity, which was achieved on a different foundation – successful democratization. The democratic and economic reforms undertaken in Ukraine to date have not been nearly as successful as in Spain, so the success of these reforms cannot provide a new foundational narrative in Ukraine. Ukraine thus has to confront the potentially destabilizing Russian / Soviet historical narrative in the absence



"Political advertising war" in Ivano-Frankivsk (Western Ukraine – former Stanisławów), April 2004 – the watershed year for Ukraine. A flyer of the liberal-democratic youth organization "Pora" ("It's time") calls president Kuchma's regime a "disgrace". It is placed over a poster belonging to the chauvinist movement "Svoboda" („Freedom"). "Pora" played a crucial role during the Orange Revolution. Thereafter, being a part of a broad alliance in support of the new president Viktor Yushchenko, it rapidly lost its significance in Ukrainian politics. Conversely, the reorganized political party "Svoboda" won nearly one-third of the votes in the 2010 regional elections in some Western regions.

of reform achievements or other realities that could serve as a basis for national unity. Under such conditions, promoting a democratic memory is just too dangerous, and constructing a convincing Ukrainian counternarrative to the Russian one is all the more imperative, this line of reasoning would go."²²

Oxana Shevel rightly remarks, however, that attempts to replace the crude Soviet / Russian narrative with an equally crude 'pro-Ukrainian' narrative would probably not succeed on the national level. She suggests the opposite approach – to use democratic memory and, one may add, pluralistic, liberal democratic ideology to forge a much-needed national unity in Ukraine. Indeed, immediately after the Orange Revolution such an approach looked quite viable, but today it is more problematic than ever. The new Ukrainian president Viktor Yanukovich and his counter-revolutionary government pursue staunch authoritarian policies hardly compatible with any liberalism. They pursue also, on behalf of the dominant Russophile / Russophone group, specific anti-Ukrainian policies aimed at further social marginalization of Ukrainophones and undermining their language, culture, and identity.

Yanukovich and his associates have barely read Stephen Shulman's study of correlations between Ukrainian identity of the citizens and their pro-Western, pro-market, and pro-democratic orientations. Yet, the new authorities act fully in line with Shulman's findings: they overtly try to weaken this identity as a major obstacle to their authoritarian dominance, and to replace it with a more familiar and convenient for them Russian / Soviet / East Slavonic identity, profoundly anti-Western and anti-liberal, firmly established in Russia and Belarus. Therefore, as an American observer sardonically remarks, "Ukrainians should expect the assault on democracy and Ukrainian identity to continue. Indeed, because Ukrainian language, culture, and identity have become so closely bound with democracy and the West, and because the Russian language, culture, and identity have – unfortunately – become so closely bound with authoritarianism and the Soviet past, Yanukovich must attack both democracy and Ukrainian identity with equal vigor".²³

This, in turn, gives trump cards to Ukrainian radical nationalists who blame primarily liberals for the defeat of the Revolution. Feckless democracy in Ukraine, they claim, failed not because of its fecklessness but because it was democracy. They

attribute its failure not to Yushchenko's inefficiency or Tymoshenko's opportunism but to their alleged softness, tolerance, and lack of nationalistic zeal. In the 2010 local elections, the right-wing party "Svoboda" won plurality (around one third of mandates) in local councils of three West Ukrainian regions. Its support on the national level is still rather low – at about 5 %. Nonetheless, this gives them a chance to pass the 3 % threshold in the 2012 parliamentary elections. They would certainly not become major players in Ukrainian politics, but would probably become major spoilers – exactly like their 'left-wing' predecessors from the PSPU had been in 1998-2002.

There are some signs that their financial position significantly improved, arguably thanks to some unspecified government-friendly oligarchs, and there are more provable signs of their increased presence in the national media, especially on TV, – much more extensive than of any other mainstream oppositional party. The authorities' calculation might be cynical but quite reasonable. Since the Party of Regions has no chance to win the Western region, it might be advisable to lend the area to a far right in order to weaken positions of liberal nationalists (the real rivals) there, in their traditional stronghold.²⁴ By transforming Western Ukraine into a thematic park of radical nationalism, the authorities are killing two more birds with the same stone. First, they are creating a scarecrow of Ukrainian 'fascist' nationalism for the rest of the country and for the international community and, secondly, they are habitually conflating the mainstream liberal nationalistic opposition with a fake 'nationalistic Taliban'.

CONCLUSION

Liberal nationalism is apparently in retreat, squeezed out by two ideological rivals that paradoxically cooperate and reinforce each other. On the one hand, it is an illiberal Creole-type nationalism of the dominant Russophile / Sovietophile Party of Regions. On the other hand, it is an illiberal nationalism of the Ukrainian far right. Ukrainian liberals have largely contributed to their own defeat by their incoherence and inability to address new challenges in adequate terms. They failed to decouple themselves effectively from the radicals in a broader public opinion, and failed to persuade and attract moderate Russophones from the other side to their cause. Now, in retreat, they may reconsider their approaches and policies to gain a new strength – if not by plan, then by default.

|| MYKOLA RIABCHUK

Senior Research Fellow at the Ukrainian Centre for Cultural Studies in Kyiv.

NOTES

- 1 Lichtenberg, Judith: How Liberal Can Nationalism Be? in: *Philosophical Forum* 1-2/1996-97, pp. 53-72, here p. 53.
- 2 Miller, David: In Defence of Nationality, in: *Journal of Applied Philosophy* 1/1993, pp. 3-16, here p. 3.
- 3 Harris, Erika: untitled, in: *Slavic Review* 3/2009, p. 669.
- 4 Auer, Stefan: *Liberal Nationalism in Central Europe*, London 2004, p. 8.
- 5 Schöpflin, George: Nationalism and Ethnicity in Europe, East and West, in: *Nationalism and Nationalities in the New Europe*, ed. by Charles A. Kupchan, Ithaca 1995, pp. 37-65, here p. 42.
- 6 Nootens, Genevieve: Liberal Nationalism and the Sovereign Territorial Ideal, in: *Nations and Nationalism* 1/2006, pp. 35-50, here p. 35.
- 7 Harris, Erika: untitled, p. 669; italics mine.
- 8 Joseph Agassi suggests, in a similar way, to leave aside a sophisticated philosophical problem of the legitimacy of government and people's sovereignty but instead, for practical purposes, to "recognize the existence of government as a matter of fact and consider our task not to justify it but to make it as liberal and democratic as possible". Agassi, Joseph: *Liberal Nationalism for Israel*, Jerusalem 1999, p. 80.
- 9 The "party" was arguably masterminded by the KGB as a bogus alternative to the CPSU preceding the introduction of a multi-party system in the Soviet Union.
- 10 <http://dem-alliance.org/main/rn/120/news/907/>, last attended: 3.5.2011.
- 11 Motyl, Alexander: Difficult Task Defining Bandera's Historic Role, in: *Moscow Times*, 11.3.2010.
- 12 Levinson, Sanford: Is Liberal Nationalism an Oxymoron? An Essay for Judith Shklar, in: *Ethics* 3/1995, pp. 626-645, here pp. 626-627.
- 13 Ibid.
- 14 Shulman, Stephen: Challenging the Civic / Ethnic and West / East Dichotomies in the Study of Nationalism, in: *Comparative Political Studies* 5/2002, pp. 554-585, here p. 582.
- 15 Shulman, Stephen: National Identity and Public Support for Political and Economic Reform in Ukraine, in: *Slavic Review* 1/2005, pp. 59-87, here p. 67.
- 16 Tismaneanu, Vladimir: Discomforts of Victory: Democracy, Liberal Values and Nationalism in Post-Communist Europe, in: *West European Politics* 2/2002, pp. 81-100, here p. 83.
- 17 Wilson, Andrew: Elements of a Theory of Ukrainian Ethno-National Identities, in: *Nations and Nationalism* 1/2002, pp. 31-54, here pp. 44-45.
- 18 National survey carried out by the Razumkov Center in December 2005; http://www.razumkov.org.ua/ukr/journal.php/files/category_journal/poll.php?lng=UKR&poll_id=284, last attended: 3.5.2011.
- 19 Wilson, Andrew: *Ukrainian Nationalism in the 1990s: A Minority Faith*, Cambridge 1997; see also my critical analysis of the book in Riabchuk, Mykola: *Vid Ukrayiny do Malorosiyi*, Kyiv 2000, pp. 103-130.
- 20 Shekhovtsov, Anton: The Creeping Resurgence of the Ukrainian Radical Right? The Case of the Freedom Party, in: *Europe-Asia Studies* 2/2011, pp. 203-228, here p. 204.
- 21 Shevel , Oxana: The Politics of Memory in a Divided Society: A Comparison of Post-Franco Spain and Post-Soviet Ukraine, in: *Slavic Review* 1/2011, pp. 137-164, here p. 155.
- 22 Ibid., p. 157.
- 23 Motyl, Alexander: Containing the Con, in: *Kyiv Post*, 12.5.2010; http://www.kyivpost.com/news/opinion/op_ed/detail/66453/, last attended: 3.5.2011.
- 24 Kuzio, Taras: 'Directed Chaos' Part of Attack on Real Nationalists? in: *Kyiv Post*, 25.3.2011; http://www.kyivpost.com/news/opinion/op_ed/detail/100803/, last attended: 3.5.2011.

DEMOKRATIE UND NATION: BLEIBT DIE UKRAINE AUF DEM EUROPÄISCHEN WEG?

GERHARD SIMON || Die unabhängige Ukraine muss aus einer schwierigen geopolitischen Lage heraus europäische Prozesse der Nationswerdung und der Demokratisierung nachholen. Der Machtwechsel im Frühjahr 2010 bedeutet Rückschritt sowohl beim Aufbau der Demokratie wie hinsichtlich der Nationswerdung. Werden sich längerfristig die Werte der Freiheit durchsetzen oder stabilisiert sich eine autoritäre Präsidialherrschaft?

EINFÜHRUNG

Nation und Demokratie sind seit dem 18. Jahrhundert in der europäischen Geschichte eng miteinander verbunden, sie haben die Gegenwart geformt und bestimmen sie bis heute. Sie legitimieren gemeinsam Staat und Herrschaft und sind insoweit unersetzlich. Überall ist die Demokratie auf dem Boden der Nation gewachsen, ohne diesen nationalen Nährboden konnte sie sich offenbar nicht entfalten. Die Nation ihrerseits ruhte auf einem ethnischen Kern. Die Nation ist die politische Selbstwahrnehmung des Ethnos, sie verwandelte ethnische Gemeinsamkeiten in politische Forderungen nach Partizipation, Selbstbestimmung, Überwindung ständischer Schranken und überhaupt vormoderner sozialer und politischer Ordnungen. Der Nationalismus¹ zerstörte die absolutistische Monarchie und berief sich auf die revolutionären Prinzipien nationale Souveränität und Gleichheit der Bürger als Begründung für Herrschaft, d. h. er forderte Demokratie.

Aber ebenso ist der Nationalismus in der modernen europäischen Geschichte zum Zerstörer der Demokratie geworden. Dafür gab es zahlreiche Anlässe. Nirgendwo bestanden ethnisch homogene Nationen, aber die Versuchung war übermächtig, sie zu schaffen, und damit das Gleichheitsprinzip der Demokratie außer Kraft zu setzen. Außerdem musste sich die Nation nach außen abgrenzen; ohne Grenzen gibt es keine Gemeinschaft. Die Notwendigkeit zur Abgrenzung nach außen führte oft zur eigenen Selbstüberschätzung, Arroganz und Herab-

setzung der anderen, bis hin zum Rassismus. Immer standen und stehen Nation und Nationalismus also in der Gefahr, mit zweierlei Maß zu messen: sich selbst und die anderen. Volkssouveränität und Gleichheit der Bürger – dies sind die Grundprinzipien der Demokratie – können aber nicht den einen zugesprochen und den anderen verweigert werden.

Im heutigen Diskurs in Wissenschaft und Publizistik erfährt die Demokratie allseitige und uneingeschränkte Unterstützung, gegen die Nation und den Nationalismus dagegen bestehen rational und emotional Vorbehalte. Das gilt besonders für Deutschland, was nach den von hier ausgehenden Katastrophen des 20. Jahrhunderts nur allzu verständlich ist. Beklagt werden im öffentlichen Diskurs Demokratiedefizite, z. B. bei der europäischen Integration, und auf der anderen Seite überschießender Nationalismus, z. B. in postkommunistischen Ländern wie Polen oder Ungarn. Während das wachsame öffentliche Auge also mehr Demokratie fordert, verlangt es in aller Regel weniger Nationalismus, der verdächtigt wird, rückwärtsgewandt zu sein. Die enge historische Verknüpfung von Nation und Demokratie ist in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland weitgehend ausgeblendet.

Daran hat auch die offensichtlich positive Rolle des Nationalismus bei der Überwindung der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa nichts nachhaltig geändert. Für den herausragenden Nationalismus-Forscher Heinrich August Winkler „schien während des großen Umbruchs von 1989/90 der

Nationalismus wieder emanzipatorische Züge anzunehmen und mit der Forderung nach demokratischer Selbstbestimmung bis zur Ununterscheidbarkeit zu verschmelzen“. Aber schon im nächsten Satz beklagt der Autor die inzwischen wieder hervortretenden „ethnischen Ab- und Ausgrenzungen“. „Die Krise des Nationalstaates ist ... universal“, lautet Winklers Fazit.² Jürgen Habermas bescheinigt den antikommunistischen Revolutionen in Osteuropa einen „fast vollständigen Mangel an innovativen, zukunftsweisenden Ideen“.³

Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen im Osten Europas und die europäische Integration beruhen gleichermaßen auf dem Fundament der Nationen; ohne sie war beides nicht denkbar. Aber: Wie viel Nationalismus muss sein und wo beginnt die Gefahrenzone? Es gibt eine ausgebreitete wissenschaftliche Literatur zu Mindeststandards für Demokratie, um sie von anderen politischen Systemen abzugrenzen. Lassen sich auch Kriterien für Nationalismus definieren, die erfüllt sein müssen, damit die Nation zur Pflanzstätte von Demokratie wird?

Von einer politischen Nation kann nur dann gesprochen werden, wenn bestimmte minimale Konsenselemente vorhanden sind. Eine Nation setzt voraus, dass ihre Angehörigen, d. h. die Bürger, sich zu diesem Staat bekennen und nicht zu einem anderen. Insoweit sind Separatismus und Irredentismus, d. h. eine politische Bewegung, sich einem anderen Staat anzuschließen, unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu einer politischen Nation. Wenn die Bewohner den Staat aufteilen wollen oder seine Existenz gänzlich ablehnen, handelt es sich nicht um eine politische Nation. Deshalb bildeten die Bewohner der Sowjetunion oder Jugoslawiens keine Nation. Übrigens behauptete die Sowjetideologie auch nicht, das „sowjetische Volk“ (so die offizielle Terminologie) sei eine Nation. Auch die Bewohner der DDR waren keine Nation, denn ein erheblicher Teil der Menschen wollte „da raus“. Sind die genannten Konsenselemente heute in der Ukraine vorhanden?

Die Ukraine ist nach 20 Jahren Unabhängigkeit weder eine konsolidierte Nation noch eine konsolidierte Demokratie.



Der überdimensionale „Bogen der Freundschaft“ in Kiew (erbaut 1954) sollte die Sowjetunion symbolisieren, die das ukrainische und russische Volk zur kommunistischen Einheit führt. Nach dem Scheitern des sowjetischen Experiments stellt sich die Frage, wofür der Bogen heute symbolisch stehen könnte.

DER POLITISCHE UMBRUCH IM FRÜHJAHR 2010

Mit der Wahl von Viktor Janukowytsch zum Präsidenten im Januar / Februar 2010 endete die Präsidentschaft von Viktor Juschtschenko, den die Orange Revolution im Dezember 2004 in das Präsidentenamt getragen hatte und mit dessen Regierung sich große Hoffnungen und Erwartungen auf Fortschritte bei der Demokratisierung und Nationsbildung verbanden; sie wurden in vieler Hinsicht enttäuscht. Die Machtübernahme durch die Partei der Regionen und ihre Verbündeten im Frühjahr 2010 markierte dann einen tiefen Einschnitt. Seither verzeichnen Demokratie und Nationsbildung deutliche Rückschritte. Das politische System koppelt sich in der Tendenz vom Westen ab und nähert sich dem autoritären System in Russland an.

Demokratie auf dem Rückzug

Mit Blick auf die Demokratieentwicklung soll das an drei Beispielen verdeutlicht werden: Entmachtung des Parlaments (Werchowna Rada), Eingliederung des Verfassungsgerichts in die Machtvertikale des Präsidenten und Aufhebung der Verfassungsänderungen vom Dezember 2004 bzw. Restitution der Verfassung von 1996. Alle diese Vorgänge belegen die Schwäche demokratischer Institutionen. Sie stehen nicht über den politischen Machtkämpfen, sondern werden in sie hineingezogen; sie sind Gegenstand im Kampf um die Macht. Solange die grundlegenden Institutionen der Demokratie wieder und wieder in Frage gestellt werden, bleibt der Weg zur Demokratie umkehrbar und die Rückkehr zu autoritären Formen der Herrschaft möglich.

An sich bedeutete der Wechsel im Präsidentenamt nach der ukrainischen Verfassung keinen tiefen Einschnitt. Aber es gelang dem neuen Präsidenten und den hinter ihm stehenden politischen Kräften in kürzester Zeit, einen durchaus moderaten Wahlsieg – Janukowytsch hatte bei der Stichwahl am 7. Februar 2010 49 % der Stimmen und seine Rivalin Julia Tymoschenko 45,5 % erhalten – in einen politischen Erdbeben zu verwandeln. Obwohl sie zunächst im Parlament keine Mehrheit hatten, gelang es der Partei der Regionen und ihren Verbündeten, Premierministerin Tymoschenko zu stürzen und eine eigene Regierung im Parlament durchzusetzen.

Dazu wurde die Verfassung umgebogen. Artikel 83 der Verfassung schrieb vor, dass Koalitionen im Parlament nur von Fraktionen, nicht aber von einzelnen Abgeordneten gebildet werden. Weil aber

die drei Parlamentsfraktionen, die hinter dem neuen Präsidenten standen, nicht die absolute Mehrheit im Parlament hatten, wurde durch eine einfachgesetzliche Regelung die Geschäftsordnung des Parlaments geändert und erlaubte nun die Bildung einer Regierungskoalition durch Fraktionen und einzelne Abgeordnete. Mehrere abtrünnige Abgeordnete der früheren orangen Regierungskoalition unterschrieben den Koalitionsvertrag und verhalfen so der Partei der Regionen und ihren Verbündeten zur Mehrheit in der Werchowna Rada.⁴ Übrigens nahm die Zahl der 12 ehemals orangen Abgeordneten, die sich der neuen Regierungskoalition im März 2010 anschlossen,⁵ im Laufe des nächsten Jahres weiter zu, sodass die Partei der Regionen inzwischen über eine solide absolute Mehrheit im Parlament verfügte. Ohne eine Neuwahl des Parlaments – die letzte Parlamentswahl hatte 2007 stattgefunden – verkehrten sich die Machtverhältnisse ins Gegenteil. Der Grund für den Seitenwechsel der Abgeordneten war nicht Gesinnungswandel, sondern politische Korruption; die Abgeordneten wurden „eingekauft“. Es ist nicht verwunderlich, dass auf diesem Hintergrund der Kampf gegen Korruption lediglich rhetorisch simuliert werden kann.

Der schwarze Tag des Parlaments kam am 27. April 2010; er bezeichnete den Tiefpunkt des auch zuvor an Turbulenzen und Skandalen reichen parlamentarischen Lebens. Das Parlament billigte mit 236 von 450 Stimmen den wenige Tage zuvor am 21. April mit Russland abgeschlossenen Vertrag, der die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim um 25 Jahre bis 2042 verlängert. Als Kompensation reduziert sich der Gaspreis für die Ukraine in den kommenden 10 Jahren um bis zu 100 Dollar pro 1000 m³. Dieser Vertrag markierte den vorläufigen Höhepunkt der ukrainisch-russischen Wiederannäherung unter der neuen Regierung. Sowohl der Vertrag wie auch die Ratifizierung in der Werchowna Rada kamen für die Öffentlichkeit gänzlich überraschend. Weder in den Medien noch im Parlament fand eine Debatte statt. Stattdessen flogen im Parlament Eier und Rauchbomben, es kam zu schweren Schlägereien zwischen den Abgeordneten; mehrere Abgeordnete wurden mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.⁶ Ausgelöst wurden die Krawalle durch die Opposition, die auf diese Weise eine Abstimmung verhindern wollte.⁷ In der Vergangenheit waren vielfach Debatten und Abstimmungen im Parlament sowohl durch die eine wie durch die andere Seite erfolgreich boykottiert worden. Diesmal war die



Ein Schiff der russischen Schwarzmeerflotte im ukrainischen Sewastopol (Krim)

Regierungskoalition offenbar vorbereitet, und der Parlamentspräsident ließ ungerührt abstimmen – gegen die Wurfgeschosse durch einen Regenschirm und kräftige Abgeordnete der Regierungskoalition geschützt. Dabei stimmten – wie in der Rada seit langem üblich – vielfach nicht die Abgeordneten selbst, sondern die Stimmkarten ab, die von den „Knopfdruckern“ in die Schlitze der Abstimmungsmaschine in den Abgeordnetenpulten eingeführt werden.⁸

Damit waren offenbar die politischen und „physischen“ Möglichkeiten des Parlaments ausgereizt; es wurde zu einem willigen Werkzeug der Präsidentsialadministration. „Präsident, Regierung und Parlament arbeiten heute bei uns wie ein einheitlicher Mechanismus“, sagte Janukowytsch in einem Interview im August 2010.⁹ Er hätte noch das Gerichtswesen, insbesondere das Verfassungsgericht, hinzufügen sollen, das ebenso der Machtvertikale des Präsidenten eingefügt wurde. Die Opposition klagte gegen die Berücksichtigung einzelner Abgeordneter bei der Bildung der Regierungskoalition im Parlament – entgegen den Bestimmungen der Verfassung. Eine solche Klage vor dem Verfassungsgericht schien umso mehr Aussicht auf Erfolg zu haben, als das Verfassungsgericht jüngst in einer Entscheidung vom 17. September 2008 ausdrücklich Artikel 83 der Verfassung bekräftigt und die Bildung einer Regierungskoalition ausschließlich aus Parlamentsfraktionen bestätigt hatte. Das hinderte das Verfassungsgericht jedoch nicht, am 6. April 2010 mit 11 von 18 Richterstimmen nunmehr das Gegenteil zu beschließen: Auch einzelne Abgeordnete können der Regierungskoalition beitreten, selbst wenn sie einer Oppositionsfraktion angehören.¹⁰ Die „Botschaft“ war klar: Das Verfassungsgericht hatte die politischen Seiten gewechselt.

Dieser Sachverhalt trat in den folgenden Monaten noch deutlicher zutage: Unter massivem Druck traten vier Verfassungsrichter zurück; das Gericht wählte außerdem einen neuen Präsidenten (Anatolij Holowin), der als Kandidat der Präsidentsialadministration galt.¹¹ Dies ebnete den Weg zu der grundstürzenden Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 30. September 2010: Die Verfassungsreform vom 8. Dezember 2004 wurde wegen Formfehlern bei der Verabschiedung mit 17 zu 1 Richterstimmen aufgehoben und die alte Verfassung von 1996 wieder in Kraft gesetzt.¹² Damit brach die Ukraine den in der Orangen Revolution beschrittenen Weg der Stärkung des Parlaments ab und kehrte auf den Pfad der Vormachtstellung des Präsidenten im Regierungssystem zurück.

Allerdings hatte der Präsident zuvor niemals so viele Hebel der Macht in der Hand wie jetzt, denn in der Zeit Kutschmas verfügte er nicht über eine stabile Mehrheit in der Werchowna Rada und im Verfassungsgericht.¹³ Die Vorgänge um die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1996 zeigen beispielhaft, wie die politische Klasse im Kampf um die Macht die Institutionen der Demokratie ruiniert: Die gleichen politischen Kräfte, die im Dezember 2004 im Parlament für die Verfassungsreform gestimmt hatten (Partei der Regionen und ihre Verbündeten) klagten jetzt vor dem Verfassungsgericht für die Aufhebung der Reform, weil sich die Machtverhältnisse umgekehrt hatten. Damals galt es, einen starken Präsidenten des orangen Lagers (Juschtschenko) zu verhindern, jetzt ging es darum, die eigene Präsidentsialmacht (Janukowytsch) zu sichern.

Nation auf dem Rückzug

Auch in anderen Bereichen wurden nach dem Machtwechsel im Frühjahr 2010 die labilen demokratischen Errungenschaften untergraben. Die Medienfreiheit, insbesondere im Bereich des Fernsehens, wurde eingeschränkt, und Medien verloren durch Druck von außen und Selbstzensur zunehmend ihre Unabhängigkeit. Die Orange Revolution hatte freie und faire Wahlen durchgesetzt und damit einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Konsolidierung der Demokratie getan. Nach dem Machtwechsel ist auch dies gefährdet. Die Kommunalwahlen im Oktober 2010 entsprachen nicht demokratischen Standards, sondern standen im Dienst der Machtsicherung der neuen Regierung.¹⁴ Parallel zu Rückschritten bei der Demokratisierung wurden Maßnahmen im Bereich der Nationsbildung angehalten oder zurückgenommen. Das betraf die Geschichtspolitik, die ukrainische Sprache und das Bildungswesen.

Juschtschenko hatte den Holodomor, die große Hungersnot in den Jahren 1932/33, zu einem zentralen Thema des nationalen Gedenkens gemacht. Damit distanzierte sich die Ukraine vom Stalinismus und generell vom sowjetischen Erbe. Zugleich sollte der Osten des Landes in das gemeinsame nationale Gedenken eingebunden werden, denn gerade hier hatte die von der Stalinführung herbeigeführte Hungersnot hohe Opfer gefordert. Der neue Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk nannte nun die Bezeichnung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk „Blödsinn“, der wieder aus den Schulbüchern verschwinden werde.¹⁵ Während die ukrainische und internationale Forschung sich

mehr und mehr der Einsicht öffnen, dass die Hungersnot in der Ukraine spezifische Züge hatte, die sie vom Hunger in anderen Teilen der Sowjetunion unterscheidet und die Bezeichnung als Genozid rechtfertigt, schließt sich die neue Macht lieber der in Russland verbindlichen Terminologie an, wonach alle Völker der UdSSR in gleicher Weise gelitten haben.

Auch in anderen hoch emotionalen und heiß umstrittenen Themen der Geschichtspolitik kehrt die neue Macht zu den russischen bzw. sowjetischen Stereotypen zurück: der „Zweite Weltkrieg“ ist wieder der „Große Vaterländische Krieg“ und begann mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und nicht mit dem gemeinsamen Einmarsch von Wehrmacht und Roter Armee nach Polen. Seit 2011 werden bei den Siegesfeiern am 9. Mai neben der ukrainischen Nationalflagge wieder die Roten Fahnen mit Hammer und Sichel aufgezogen. Die ukrainischen Nationalisten der OUN (Organisation der Ukrainischen Nationalisten) und UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) waren nach neuester offizieller Geschichtsdeutung ausschließlich Hitlers Kollaborateure. Ihre Rehabilitation kommt deshalb nicht in Frage, weil sie gegen die Rote Armee gekämpft haben; dies ist für Tabatschnyk geradezu die Definition von Kollaboration.¹⁶ Eine grundsätzliche normative Ablehnung des Sowjetsystems oder auch nur des Stalinismus hat in der neuen Geschichtspolitik, die die alte ist, keinen Platz.

In der Schule werden ukrainische Sprache und Literatur zurückgedrängt. Bislang mussten Abiturprüfungen in ukrainischer Sprache abgelegt werden; jetzt können sich die Schüler wahlweise auch auf Russisch prüfen lassen. Damit sinkt die Motivation im Osten und Süden des Landes, intensiv Ukrainisch zu lernen. Zudem wird im Unterricht der allgemeinbildenden Schulen in Zukunft der russischen Literatur breiterer Raum eingeräumt. Sie wird aus dem Kanon der Weltliteratur ausgegliedert und als eigenes Fach behandelt. Dagegen können die Schulen ukrainische Literatur didaktisch dem Fach Weltliteratur zuschlagen.¹⁷ Im Osten der Ukraine, wo es ohnehin nur wenige Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache gibt, sind derzeit mehrere dieser Schulen von Schließung bedroht; allerdings hat sich dagegen Protest der Eltern formiert.

Symbolfigur für den antiukrainischen Kurs ist Dmytro Tabatschnyk, der neue Minister für Bildung und Wissenschaft, von 1994 bis 1996 Chef der Präsidialadministration unter Kutschma und seit langem Mitglied des Führungsgremiums der Partei

der Regionen. Er hat sich seit vielen Jahren durch ukrainophobe Publizistik profiliert, tritt für eine umfassende Annäherung an Russland ein, für das Russische als zweite Staatssprache und die Unterstellung aller orthodoxen Christen in der Ukraine unter das Moskauer Patriarchat. In seiner ungezügelter Polemik bezeichnete er die frühere orange Regierung als „faschistische Tyrannei“, die ebenso beseitigt werden müsse wie der deutsche Faschismus 1945.¹⁸

Die Galizier sind für ihn keine Ukrainer: „Die Galizier haben praktisch nichts gemeinsam mit dem Volk der Großen Ukraine Unsere Verbündeten und sogar Brüder sind ihre Feinde, und ihre „Helden“ (Bandera, Schuchewytsch) sind für uns Mörder, Verräter und Handlanger von Hitlers Henkern“¹⁹

Diese Polemik ist nicht unbeantwortet geblieben. Für Jurij Andruchowytch, einen der bekanntesten Schriftsteller aus der westlichen Ukraine, sind die Mehrheit der Bewohner des Donbas und der Krim Angehörige einer anderen, nämlich der russländischen politischen Nation. Spiegelbildlich zu Tabatschnyk sieht er in der Regierung Janukowytsch „Okkupanten“. „Was muss ein Patriot tun? ... Gegen den Okkupanten muss man Widerstand leisten – zunächst gewaltlos“.²⁰

Wie unüberbrückbar sind die Gegensätze? In einer wütenden Erwiderung forderte der Minister für Bildung und Wissenschaft die Galizier nicht etwa auf zu gehen, sondern er trat für die Einheit der Ukraine ein. „Das Land zu spalten, wird für Andruchowytch und Co sehr schwer sein.“ Zugleich machte Tabatschnyk sein Verständnis von Demokratie deutlich: Die jetzige Opposition werde „selbst niemals mehr an die Macht zurückkehren“²¹

FRAKTIONIERTER NATION

Der Politikwechsel seit Frühjahr 2010 und die spektakulären Signale der neuen Regierung haben den Ton der politischen Auseinandersetzungen und die regionalen Spannungen verschärft. Dabei bemüht sich Janukowytsch persönlich im Allgemeinen um eine gemäßigte Rhetorik, gewährt aber Scharfmachern wie Tabatschnyk uneingeschränkt Handlungsfreiheit. Überall fehlt es an Brückenbauern und Versöhnungsangeboten.

Wenn man Regressionen bei der Demokratisierung und Nationsbildung beklagt, darf allerdings nicht der Eindruck entstehen, in der Ära Juschtschenko sei in diesen Bereichen vorbildliche Arbeit geleistet worden. Erst die Fehler und das Versagen der orangenen Regierung haben die jetzige Reaktion möglich

gemacht, und die Vorgängerregierung trägt insofern Mitverantwortung. Die Regierung Juschtschenko / Tymoschenko hat ihre Kraft in der Auseinandersetzung gegeneinander verschwendet. Auch sie hat die Verfassung manipuliert, wo es ihr im Kampf um die Macht opportun erschien, statt für eine Verfassung zu arbeiten, die eine möglichst breite Akzeptanz findet.²² Dem Verfassungsgericht wurde durch ein ominöses Gesetz vom August 2006 durch die Werchowna Rada untersagt, die Verfassungsmäßigkeit der Revision vom Dezember 2004 zu überprüfen.²³

Die Regierung Juschtschenko hat zu wenige Signale zur Zusammenarbeit an die politischen Gegner im Osten gesandt, die hauptsächlich als Hort der Korruption erschienen. Andererseits kam es 2006/07 zu einer kurzzeitigen Kohabitation zwischen Präsident Juschtschenko und Ministerpräsident Janukowytsch, die aber keinen nachhaltigen Ausgleich schaffte. Dennoch blieb die Führung Juschtschenko / Tymoschenko auf Demokratiekurs. Das bewiesen die Wahlniederlagen, die sie akzeptierte. Ob Gleiches für die jetzige Regierung gilt, wird die Zukunft zeigen.

Juschtschenko verfolgte das ambitionierte Ziel einer kulturell einheitlichen ukrainischen Nation nach der Formel „eine Kirche, eine Sprache, eine Geschichte“. Dazu aber fehlen die Voraussetzungen. Während es seiner Geschichtspolitik gelang, im Gedenken an den Holodomor einen beträchtlichen Teil der Menschen auch in russischsprachigen Gebieten zu erreichen, spaltete die Erhebung der UPA Führer Schuchewytsch und Bandera zu „Helden der Ukraine“ die ukrainische Gesellschaft und verschärfte den Krieg der Erinnerungen.²⁴ In der Bilanz zeigt sich, dass Nationsbildung in der Ukraine nicht erfolgreich ist, wenn sie versucht, Unterschiede abzubauen, Gräben einzuebnen, sondern nur, wenn sie von ihnen ausgeht, sie akzeptiert und mit ihnen zu leben lernt. Keine der Regierungen hat in den letzten Jahren solche Prioritäten gesetzt; vielmehr ging und geht es um den Ausbau der je eigenen Position und die Zurückdrängung des Gegners.

Dies ist im Kampf um die Macht auch in der Demokratie weder ungewöhnlich noch fatal, aber die besonderen Handlungsbedingungen in der Ukraine und der Zustand der Gesellschaft bedeuten eine zusätzliche Belastung. Die nationale Identität ist unsicher, die sowjetische Vergangenheit will im Bewusstsein nur schwer vergehen und ob Russland das Andere ist oder nicht, bleibt umstritten. Umfragen zeigen seit Jahren einen Anteil von etwa 20 % der Bevölkerung, die für eine Vereinigung der Uk-

raine mit Russland eintreten. Demgegenüber sagen zwei Drittel der Befragten, die Ukraine und Russland sollten unabhängige, miteinander befreundete Staaten mit unkontrollierten Grenzen sein.²⁵ Während im Westen des Landes Russland klar als das Andere und als Bedrohung der Unabhängigkeit wahrgenommen wird, ist die Nation im Osten und Süden sozusagen offen gegenüber Russland. Zwar gibt es keine politische Bewegung, die direkt das Ziel einer (Wieder)vereinigung mit Russland verfolgt, aber aus dem Lager der jetzigen Regierung ist wiederholt der Zusammenschluss der drei ostslawischen Staaten Ukraine, Russland und Belarus als Vision für die Zukunft artikuliert worden.

Eng damit verbunden ist die Nostalgie nach der Sowjetunion. Bei einer repräsentativen Umfrage im März 2011 sagten 44 % der Befragten das „Ende des kommunistischen Imperiums“ sei „gesetzmäßig“ gewesen; aber 43 % meinten, das sei „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen.²⁶ Die sowjetische Terminologie „Großer Vaterländischer Krieg“ findet bei zwei Drittel der Menschen in der Ukraine Unterstützung, 29 % dagegen treten für die Bezeichnung „Zweiter Weltkrieg“ ein. Auf breite Ablehnung trifft die Initiative, neuerdings Stalin-Denkmäler zum Gedenken an den Krieg zu errichten: 68 % sind dagegen und nur 6 % der Befragten unterstützen solche Vorhaben.²⁷ Hier zeigt sich, dass in der breiten Bevölkerung eine Distanzierung jedenfalls vom Stalinismus stattfindet.

Zwar sind erhebliche Gruppen in der Gesellschaft unsicher hinsichtlich ihrer nationalen Identität, dennoch gibt es keine politische Grundwelle zur Vereinigung mit Russland. Bei Umfragen im August 2010 fand sich in allen Regionen und Generationen des Landes eine Mehrheit für die Unabhängigkeit der Ukraine. Sollte wieder ein Referendum abgehalten werden, wollten 59 % für die Unabhängigkeit stimmen, 21 % dagegen. Insbesondere in der jungen Generation nimmt die Identifikation mit der unabhängigen Ukraine zu: Unter den 18- bis 29-Jährigen waren 65 % für die Unabhängigkeit und nur 13 % dagegen.²⁸

So stehen sich widerstreitende Entwicklungen gegenüber: Einerseits deuten langfristige Trends in die Richtung eines langsamen Zusammenwachsens der Ukraine, andererseits profilieren sich die beiden politischen Lager, die seit beinahe zehn Jahren miteinander ringen, im politischen Kampf gegeneinander. Aber es hat auch immer wieder Annäherungen und Gemeinsamkeiten gegeben. Dazu gehört der

rasche Verschleiß der Popularität des Wahlsiegers in der Regierung. Ähnlich wie die Zustimmung zu Juschtschenko nach einem kurzen Hoch 2005/06 bei Umfragen Ende des Jahrzehnts ins Bodenlose sackte, ging die Popularität der Regierung Janukowytsch schon ein Jahr nach der Machtübernahme drastisch zurück.

Auf die Sonntagsfrage des Rasumkow-Zentrums im April 2011 antworteten 16,7 % der Wahlberechtigten, sie würden für Janukowytsch stimmen, 13,3 % wollten ihre Stimmen Julia Tymoschenko geben und 10 % dem anderen Oppositionskandidaten Arsenij Jazenjuk. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl im Januar 2010 hatten Janukowytsch 35,3 %, Tymoschenko 25 % und Jazenjuk 7 % erhalten.²⁹ Ein ähnliches Bild ergab sich für die großen politischen Parteien: 39,1 % wollten im April 2010 die Partei der Regionen wählen, im April 2011 waren es lediglich 15,7 %. Für den Block Julia Tymoschenko lauten die entsprechenden Zahlen 14 % und 12,6 %. Die Partei von Jazenjuk Front für den Wechsel erhielt im April 2010 die potenzielle Zustimmung von 3,8 % der Wähler und ein Jahr später von 8,1 %.³⁰ Diese Zahlen dokumentieren einerseits einen drastischen Rückgang der Zustimmung für den Präsidenten und seine Partei, aber die führende Oppositionspartei und ihre Vorsitzende können andererseits davon nicht profitieren. Nicht zum ersten Mal zeigen diese Umfrageergebnisse die tiefe Enttäuschung und Abwendung der Menschen von der Politik. Umso erfreulicher ist, dass etwa zwei Drittel sagen, sie würden auch in Zukunft an Wahlen teilnehmen und ihre Stimme abgeben.

In der Ära Juschtschenko ist trotz aller Mängel und zahlreicher Fehlentscheidungen der Weg für die Demokratie offen geblieben. Das zeigte die Leichtigkeit, mit der diese Periode durch Wahlen zu Ende ging. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob die Regierung Janukowytsch auf diesem Pfad bleiben wird. Die Einschränkung der Medienfreiheit, die Aktivierung des Geheimdienstes SBU zur Überwachung missliebiger Journalisten und Intellektueller, die Manipulation von Wahlgesetzen mit dem Ziel, die eigene Macht auf Dauer zu festigen, sprechen eine deutliche Sprache. Machtwechsel soll verhindert, Opposition marginalisiert und die Öffentlichkeit manipuliert werden. Diese Ziele stehen im Dienst der Perpetuierung autoritärer Präsidentschaft und nicht der Demokratie, die Machtausübung nur auf Zeit kennt. Noch sind diese Ziele nicht erreicht, aber wer wird die heutigen Macht-

haber hindern, auf dem Weg des Autoritarismus weiter voranzuschreiten? Die Opposition ist schwach, gespalten und ideenarm. Impulse von außen wirken, soweit sie aus Russland kommen, in die Richtung der Festigung einer autoritären Präsidentschaft. Soweit sie aus dem Westen kommen, sind sie eher schwach. Die EU ist ohne Zweifel daran interessiert, die Ukraine nicht zu verlieren, aber sie möchte dafür auch nicht zu viel einsetzen, z. B. eine unverbindliche Perspektive für einen Beitritt.

Zwei Argumente sprechen dafür, dass die Ukraine doch auf dem europäischen Weg bleibt. Das Ende des Kommunismus vor 20 Jahren und die Aufstände der Menschen gegen Despoten in der arabischen Welt heute beweisen wieder und wieder die Faszination der Freiheit. Autoritäre Herrscher können sich ihrer Sache nicht sicher sein, auch wenn sie ihre Macht seit Langem ausgebaut haben. Es stimmt nicht, dass die Demokratie nur für elitäre und dekadente westliche Gesellschaften taugt. Natürlich hat sich auch bestätigt – und die Ukraine ist dafür ein gutes Beispiel – dass der laute Ruf nach Freiheit noch keine stabilen demokratischen Institutionen schafft. Aber er eröffnet den Weg dahin.

Etwas anderes kommt hinzu: Nur demokratische Verfahren können angesichts der Spannungen und Spaltungen der Nation den Frieden bewahren. Ersetzen lässt sich die Nation als Träger der Demokratie nicht.

|| PROF. DR. GERHARD SIMON

Professor für Osteuropäische Geschichte i. R.,
Universität zu Köln

ANMERKUNGEN

- ¹ Der Begriff Nationalismus wird in diesem Beitrag in neutraler Bedeutung verwendet; er meint weder extremistischen oder integralen Nationalismus noch steht er synonym für Partizipation und Emanzipation. Im konkreten Kontext verbindet sich Nationalismus mit höchst unterschiedlichen und gegensätzlichen Partnern vom Liberalismus bis zum Rassismus.
- ² Winkler, Heinrich August / Kaelble, Hartmut (Hrsg.): Nationalismus-Nationalitäten-Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 10, 32.
- ³ Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution, Frankfurt a. M. 1990, S. 181, zit. nach Auer, Stefan: Wer hat Angst vor Osteuropa? Nationalismus und europäische Integration nach 1989, in: Osteuropa 2-3/2009, S. 311-332, hier S. 321.
- ⁴ <http://www.pravda.com.ua/news/2010/03/9/4844502/>
- ⁵ <http://www.pravda.com.ua/news/2010/03/16/4865741/>
- ⁶ <http://www.pravda.com.ua/articles/2010/04/28/4982942/>
- ⁷ <http://www.pravda.com.ua/articles/2010/05/20/5061573/>
- ⁸ <http://www.pravda.com.ua/news/2010/04/27/4977000/>
- ⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.8.2010.
- ¹⁰ <http://www.pravda.com.ua/articles/2010/04/9/4921475/>
- ¹¹ Gall, Caroline von: Neues Justizgesetz – alte Probleme, in: Ukraine-Analysen 87/2011, S. 4-5, www.laenderanalysen.de/ukraine
- ¹² <http://www.pravda.com.ua/articles/2010/10/1/5434400/>
- ¹³ Luchterhandt, Otto: Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte, in: Ukraine-Analysen 80/2010, S. 5-6, www.laenderanalysen.de/ukraine
- ¹⁴ Lange, Nico: Kommunalwahlen in der Ukraine: Macht- ausbau für Janukowytsh, in: Ukraine-Analysen 82/2010, www.laenderanalysen.de/ukraine
- ¹⁵ Dörrenbächer, Heike / Oliinyk, Volodymyr: Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen – quo vadis Ukraine?, in: Ukraine-Analysen 88/2011, S. 3, www.laenderanalysen.de/ukraine
- ¹⁶ <http://www.pravda.com.ua/news/2010/06/7/5115361/>
- ¹⁷ <http://www.pravda.com.ua/news/2011/01/31/5861347/>
- ¹⁸ Tabačnik, Dmitrij, in: <http://ru.wikipedia.org>
- ¹⁹ Zitiert nach <http://www.pravda.com.ua/news/2010/03/15/4862856/>
- ²⁰ Zitiert nach <http://vlasti.net/news/96751> vom 24.7.2010.
- ²¹ Tabačnik, Dmitrij: Duchovnaja kapituljacija nacionalistov, in: Eženedel'nik 2000, Nr. 37, 17.-23.9.2010, S. 2, 6, <http://2000.net.ua/2000/aspekty/amplituda/68928>
- ²² Bos, Ellen: Stabile Instabilität, dynamische Blockade. Das politische System der Ukraine und seine Defekte, in: Osteuropa 2-4/2010, S. 77-88, hier S. 81-86.
- ²³ Simon, Gerhard: Delegitimierung des Autoritarismus durch Demokratisierung: Die Ukraine vor und nach dem Winter 2004/2005, in: Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, hrsg. von Jerzy Maćków, Wiesbaden 2009, S. 306-322, hier S. 313.
- ²⁴ Hrytsak, Yaroslav: Geschichte und Erinnerung: Amnesie, Ambivalenz, Aktivierung, in: Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung, hrsg. von Andreas Kappeler, Wien 2011, S. 403-418, hier S. 412-413.
- ²⁵ Dynamika stavlennja naseleennja Ukrajiny i Rosiji odne do odnoho, www.kiis.com.ua
- ²⁶ <http://www.pravda.com.ua/news/2011/03/16/6019106/>
- ²⁷ <http://www.pravda.com.ua/news/2011/04/29/6152726/>
- ²⁸ Zerkalo nedeli, 21.-27.8.2010, S. 1.
- ²⁹ <http://www.pravda.com.ua/news/2011/04/20/6124542/>
- ³⁰ http://www.uceps.org/ukr/poll.php?poll_id=115

Verantwortlich:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Herausgeber:

Prof. Dr. Jerzy Maćkó

Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa),
Universität Regensburg

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 2 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 3 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 4 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 5 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 6 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 7 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 8 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 9 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien
- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU

- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine

